

Sanger Wochenschrift

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich ledigmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Gesellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Vertretern und Agenturen entgegengenommen. Redakteur: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Verlagsgesellschaft mbH, Halberstadt, Markt 10. Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. Paul Weber, O. n. b. H. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Kurt Wollenburg, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindermann, für Bekannde und Inserate: Karl Zeff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonietexte oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeitung 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 2010, Magdeburg 4523 und in der Buchhandlung (Zeilgerstraße) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 119

Dienstag, den 24. Mai 1932

7. Jahrgang

Heute Landtags-Eröffnung.

Aber alle politischen Fragen der nächsten Zukunft noch ungeklärt.

Der neue Preussische Landtag tritt am heutigen Dienstag zusammen, ohne daß bisher Klarheit darüber bestände, wer Landtagspräsident wird oder wie sich die Koalitionsverhältnisse künftig gestalten. Nur eines scheint sicher, daß die Nazis weiter so tun wollen, als ob sie im gegenwärtigen Augenblick erstarrt in der Nacht vertrieben, daß sie aber in Wirklichkeit in Preußen nur in die Regierung einzutreten gedenken, wenn sich das Zentrum, ohne dessen Willen die Nazis gegenwärtig in Preußen nicht ausruhen können, den Braunschweigern völlig unterordnet. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Zentrumspartei dazu hergibt. Infolgedessen wird die Regierung Braun vorerst weiter als geschäftsführende Regierung im Amt bleiben.

Angehängs dieser Situation lassen Nazis und Nationalsozialisten bereits eifrig ihre Demagogie gegen die Preußenpartei des alten Landtags und gegen die Regierung Braun spielen. Sie stellen es so dar, als ob die Weimarer Koalition und ihre Minister das Best unter allen Umständen in der Hand behalten wollen und kein höheres Ziel kennen, als eine Regierung mit Nazis zu verbinden. Wer derartiges behauptet, liegt!

Die preussische Staatsregierung hat durch ihren Rücktritt vor aller Öffentlichkeit beteuert, daß sie entschlossen ist, aus dem Ergebnis der preussischen Wahlen die politisch-parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Der ernsthafte Versuch dazu kann nicht auf allen von Otto Braun und seiner Regierung bestimmt werden. Er ist gegeben, sobald im neuen Landtag eine Mehrheit in der Lage ist, an die Stelle des gegenwärtigen Kabinetts ein anderes zu setzen.

Sollange das nicht der Fall ist, hat die Regierung Braun nach der Verfassung die Befugnisse weiter zu führen. Sie muß im Amt bleiben, so schwer insbesondere dem preussischen Ministerpräsidenten dieses ihm zugewiesene Opfer auch fallen mag.

Wenn die Regierung Braun von einem anderen Kabinett abgelöst wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Bisher haben zwischen den entscheidenden Faktoren irgendwelche Koalitionsversprechungen oder gar Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Auch waren derartige Verhandlungen bis Montagabend noch nicht angelegt. Vorläufig überwiegt in Preußen die Auffassung, daß der gegenwärtige Landtag überhaupt nicht die Fähigkeit besitzt, an die Stelle der Regierung Braun ein neues, auf anderer Grundlage gebildetes, Kabinett zu setzen.

Unsere Parole: Kampf und abermals Kampf!

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem heutigen Zusammentritt des preussischen Landtags: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Situation ist: Beobachten, rufen und sich zum Eingreifen bereit halten. Ob die Nazis „herankommen“ hängt nicht von uns ab, sondern vom Zentrum und von den Nazis selbst. Ob sie als Regierungspartei abwärtschreiten oder weiter als Opposition fest anliegen, ob sie Legalität heucheln oder ob sie den Staatsstreik wagen, auf alle Fälle bleibt unsere Parole: Kampf, Kampf und abermals Kampf!“

Wer wird Landtagspräsident?

Die Sozialdemokratische Fraktion

des neuen Preussischen Landtags trat am Montag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorstand der alten Fraktion wurde einstimmig wiedergewählt. Die Fraktion beschloß ferner als Kandidaten für die Präsidentschaft des Landtags den bisherigen Präsidenten Wittmann in Vorstufung zu bezeichnen. Anschließend wurde in einer Aussprache über die gesamtpolitische Lage eingetreten, die völlige Übereinstimmung ergab.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags

befahl am Montag ihren Vorstand erst im Herbst zu wählen. Bisher führt der stellvertretende Vorsitzende alle alten Zentrumsfunktionen, Abg. Seger, den Vorsitz der Fraktion.

Die „Germania“ sagt: „Die stärkste Partei des neuen Landtags, die der Nationalsozialisten, hat bisher noch keinerlei Schritte getan, um ihrerseits eine geordnete Regierungsabstimmung vorzubereiten. Man sieht, daß noch immer gewisse Kreise der bisherigen Reichsopposition damit rechnen, mit Hilfe der Kommunisten die Geschäftsführung wieder abzuändern und für die Entscheidung die einfache Mehrheit der Stimmen als hinreichend bestimmen zu lassen. Wäutig offen ist nach wie vor auch die Frage des Landtagspräsidenten. Auch steht noch darüber, ob die Nationalsozialisten den Mut aufbringen werden, den ersten Vizepräsidenten, entsprechend dem parlamentarischen Brauch, der zweitgrößten Fraktion der SPD, zuzuwählen. Jedenfalls ist die Anerkennung des parlamentarischen Brauchs für das Zentrum eine Preisfrage. Der zweite Vizepräsident würde dann auf das Zentrum entfallen.“

In der üblichen Presse wird ebenfalls betont, daß sowohl hinsichtlich der Wahl des Landtagspräsidenten als auch der Wahl einer neuen Regierung irgendwelche Vorverhandlungen parlamentarischer Art bisher von keiner Seite getroffen sind.

Der Alterspräsident.



General Carl Cismann.

ist mit seinen 82 Jahren der älteste Abgeordnete des Landtages und eröffnet heute nachmittags deshalb als Alterspräsident die erste Sitzung.

Nicht gegen Brüning!

Sagen die christlichen Gewerkschaften.

Das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften, dessen geschäftsführender Vorsitzender Otto Jeyl ebenfalls dem Preussischen Landtag angehört, schreibt unter dem Titel „Um Preußen“:

„Der neue Preussische Landtag, der morgen zusammentritt, steht sich vor einer wenigstens formell gestellten Frage: der Frage, daß die Entwidmung in Preußen nötig ungeklärt ist. Fürs erste jedenfalls ist nicht damit zu rechnen, daß eine stabile, von einer Mehrheit des Landtages getragene Regierung zustande kommen kann. Die na-

tionalsozialistischen Verheerungen lassen nach wie vor keinerlei Meinung zu Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum erkennen, wenn auch eine grundsätzliche Festlegung vertrieben wird. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat sich ähnlich geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Seger, hat aber zugleich in seiner Erklärung betont, daß die Preußenpartei des Zentrums maßgebend von der Reichsopposition bestimmt ist. Diese Erklärung ist von entscheidender Bedeutung: sie besagt, daß die Preußenpartei des Zentrums zu keiner Koalition und Regierung die Hand bieten werde, die gegen die Person und den politischen Kurs des Reichsregierers gerichtet wäre.

Diese Haltung des preussischen Zentrums schließt praktisch jede Möglichkeit einer Verständigung mit den Nationalsozialisten in Preußen aus. Die Entwidmung in Preußen wird also von der Klärung der Verhältnisfrage im Reich abhängig sein. Hier aber ist nicht zu sehen, wie die Nationalsozialisten sich Brünning und seiner Politik annähern können. Denn nach den Reden und Äußerungen der nationalsozialistischen Führer ist das Ziel im Reich immer noch der Sturz des Reichskabinetts. Die Wählerarbeit gegen Brüning wird ununterbrochen fortgesetzt und tagtäglich neuen Energie auf, die von der weiteren Erschütterung der Position Brünnings und von dem Auseinanderfallen des Reichskabinetts rufen wollen. Eine Umwidmung des Reichskabinetts im Sinne eines völligen Kurswechsels erscheint angehts dieser Tatsache ausgeschlossen.“

Kommunistische Taktik.

Gegen die Nazis für die Nazis, gegen Braun-Severing.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags veröffentlichen heute in der „Roten Sonne“ einen ebenfalls aufgerufen in dem zur „roten Einheitsfront gegen Preußens Reaktion“ aufgerufen. In dem Aufsatz wird betont, daß die Kommunisten „alles tun werden, um eine Naziregierung in Preußen zu verhindern“. Es wird aber zugleich gesagt, daß die KPD, mit aller Rücksichtlosigkeit ihren „Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung“ fortsetzen werde und die Kommunisten im Preussischen Landtag bei den Präsidiumswahlen ihre eigenen Kandidaten aufstel-

Neuer Wein in alten Schläuchen.

Herriot über Reparationen und Abrüstung.

Paris, 23. Mai. (Eig. Drahtb.)

Herriot hat sich im Laufe einer Unterredung, die er einem Redakteur des „Paris-Midi“ gewährte, sehr reichhaltig über die Regierungsbildung, aber sehr deutlich über seine Reparations- und Abrüstungspolitik ausgeprochen.

Herriot sagte: „Ich halte mich an die einfachen und festen Grundsätze, die ich unaufrichtig über die unerschöpflichen Rechte, welche Frankreich aufgrund der Beiträge und freiwillig unterzeichneten Abkommen besitzt, bekräftigt habe. So betrachte ich als eine absolute Notwendigkeit die Anerkennung unserer Schuldforderungen. Man kann für etwaige Zahlungsarrangements nicht diskutieren, solange diese Forderungen nicht anerkannt sind.“

Auf den Einwurf des Journalisten, daß Deutschland die Rechte Frankreichs betreten und darüber diskutieren wolle, erklärte Herriot: „Das ist eine schlechte Methode. Wenn es wahr sein sollte, daß Deutschland geltend machen will, es habe schon mehr bezahlt als es schulde, müßten seine Ziffern Sachverständigen unterbreitet werden. Aber wie konnte Deutschland freiwillig die Verpflichtungen des Young-Planes unterzeichnen, wenn es nicht durch die Wahrheit der Ziffern dazu gezwungen gewesen wäre? Wir werden eine sehr vorsichtige und sehr genaue Außenpolitik führen müssen. Der geringste Exzeß würde die radikalen Forderungen eines stiller begünstigten und die geringste Schwäche würde sie ermühen. Was die Abrüstung anbelangt, hat man mir die Absicht ausgedrückt, Experten für den Landesbesuch zu ernennen. Das trifft für unmittelbare Neubauten und für jede andere Vereinfachungsmaßnahme zu, die einer Vereinfachung gleichkommen würde. Aber im übrigen kann ich nichts an der Eideschwursetzung Frankreichs ändern. Ich möchte im Gegenteil vervollkommen und modernisieren, bis solide internationale Garantien den Werten gegeben werden, die an der Organisation eines wahren Friedens arbeiten.“

Opposition der Linksradikalen.

Paris, 24. Mai. (Eig.). In einem Artikel der „Republique“ befähigt Daladier, den man als Führer des linken Flügel der radikalen Partei bezeichnen kann, die Idee eines Konjunktionskabinetts und tritt entschieden für ein Linkskabinett ein. „Einige Strategen ohne Mandat und ohne Truppen“, so

schreibt Daladier, schlagen uns im Namen des Realismus vor, uns mit den Verantwortlichen der bisherigen Politik der Unionen, des Vorkriegs und der Verkleinerung öffentlicher Gelder zu verbinden, die das Land verurteilt hat. In der neuen Kammer gibt es eine erdrückende Litzmenschheit. Die genannten Strategen finden sie zu stark und sehen eine Konjunktionsregierung vor. Eine solche Regierung würde aber gleich am ersten Tage gestürzt werden, wenn sie sich nicht von der Radikalen unterfüttert, sofort in eine Regierung der nationalen Einheit verwandelt würde. Wir werden bald die wesentlichen Punkte eines gemeinsamen Aktionsprogramms festzulegen haben, aber schon heute müssen wir im vollen Einverständnis mit zahlreichen Radikalen sagen, daß wir entschlossen sind, uns allen Bestreben zu widersetzen, durch unterirdische Antriebe eine große Freiheitsbewegung niederzuliegen zu lassen. Wir werden weder militärischen noch finanziellen Erpressungen weichen. Wir werden unsere Parole aufrechten, an die lokale Zusammenarbeit aller Republikaner, der Dohren und der Zeit zu appellieren um im Interesse der Republik und der Nation aller Schwierigkeiten entschlossen die Stirn bieten.“

Die Sozialisten geben sich keinen Täuschungen hin.

Paul Faure wirft im „Populaire“ die Frage auf, ob jemand in der Partei noch ernstlich an die Möglichkeit einer sozialistischen Mitarbeit an der kommenden Regierung glaubt und aus dem mangelnden Willen, es genügt, von den wichtigsten Punkten des Programms, daß die Sozialisten selbst die sehr gemäßigten, durchgeführt sehen wollen, Kenntnis zu nehmen, um sich ohne Zögern davon zu überzeugen, daß weder Herriot noch Painlevé etwas von diesem Programm annehmen werden. Die radikalen Führer seien bekannt. Sie hätten höchste Regierungsposten inne gehabt. Auf außenpolitischem Gebiet seien sie von Painlevé als Herriot genau so nationalistisch wie Traudon und Boicard. In der Innenpolitik seien sie zögernd, schwächend und zu Kapitulanten bereit. Der beste Beweis für den schwachen Willen und die höchsten Absichten der radikalen Führer sei ihr Schweigen.

Bei einer Veranstaltung in Calons führte Paul Faure über die künftige Haltung seiner Partei u. a. aus, daß die Sozialisten seiner Regierung ihre Stimme geben würden, die nicht bereit sei, eine weitgehende Herabsetzung der Rüstungsausgaben durchzuführen.

len und für sie stimmen werden. Diese Nominierung eigener Kandidaten bedeutet in der Praxis die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten, ein Beweis, daß von dem kommunistischen Wahl gegen den Faschismus nichts zu halten ist.

Zwei Anträge.

Die Sozialdemokratie verlangt mehr Erwerbslosenfürsorge.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat dem Parlament zur Arbeitsbeschaffungsfrage einen Antrag vorgelegt, in dem verlangt wird, das Staatsministerium zu erlauben, im Sinne des Schreitens des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichstagen vom 30. April 1932 (siehe Sonnabendnummer. Red.) mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung auch weiterhin dahin zu wirken, daß

1. die gesetzlich zulässige Arbeitszeit in allen Betrieben wesentlich herabgesetzt wird, so daß dadurch eine andere Verteilung der vorhandenen und noch zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten erreicht wird.

2. jede Gelegenheit zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten voll ausgenutzt wird.

3. eine Vereinigung der Unterführungen herbeigeführt wird durch Zusammenfassung der Kräfte- und Wohlfahrtsfürsorge nach völlig gleichen Grundrissen für die Bedürftigkeitsprüfung und Unterführungsfrage.

Die Sorgen der Nazis.

Die Nationalsozialisten haben dem Landtag insoweit ebenfalls einen Antrag gestellt. Aber sie interessiert nicht, wie den Millionen, die heute Hunger, Arbeit und Brot gegeben werden kann, ihre Sorgen ergeben sich aus folgendem Antrag:

Der Landtag wolle beschließen: Zur Prüfung der für die preussische Polizei innerhalb der letzten 13 Jahre gemachten persönlichen und materiellen Beschwerden wird sofort ein Untersuchungsausschuß von 29 Mitgliedern eingesetzt. Zur Prüfung der preussischen Rechtspflege unter Berücksichtigung der von Gotfried Jarnow der Justiz gemachten Vorwürfe wird sofort ein Untersuchungsausschuß von 29 Mitgliedern eingesetzt.

Die beiden Anträge zeigen auf der einen Seite die Sorge um die Not des Volkes, auf der anderen Seite die unfruchtbarere Hege zum Zwecke des Volksbetruges.

Die Abrüstungskonferenz.

Die Sachverständigen sind die größte Gefahr für die Abrüstung. Genf, 23. Mai. (Eig. Draht.) Die täglichen Beratungen der technischen Kommissionen der Abrüstungskonferenz zeigen häufig die gleichen Querebenen der Willkür gewisser gerüsteter Länder gegen genaue Begriffsbestimmungen für die Angriffswaffen. Lord Cecil behauptet Spott, daß die Sachverständigen die größte Gefahr für die Abrüstung seien, erweist sich auf Schritt und Tritt nur als zu wahr.

Frankreich hat sich in der Luftkommission eine verdiente taktische Schlappe geholt, als es die gegen die nationale Verteidigungsmittelverpflichtung als die gegebenenfalls geeignetste für die eigene Verteidigung bezeichnet wissen wollte. Eine Mehrheit von 20 gegen 17 Stimmen wies diesen Sabotageversuch zurück. Am Montag aber gelang dem französischen Vertreter die Erreichung der Formel, in der sämtliche Kampfmittel, die aus der Luft abgeworfen werden, als eine schwere Bedrohung für die Zivilbevölkerung erklärt werden sollten. Es blieb nur die Angabe, daß es am raschesten und mit größtem Aktionsradius wirksamen Gemischen hochexplosiven und Brandbomben für die Zivilbevölkerung besonders bedrohlich wären.

Die Landkommission hat am Montag die Beratung des von ihrer Unterkommission aufgestellten Antwortentwurfes zur Bestimmung der Artillerie mit Angriffswaffen abgelehnt. Der angenommene Entwurf zeigt, daß überhaupt keine Einigung erzielt werden, noch irgendeine Realisierungsfrage für ein eventuelles Verbot namhaft gemacht werden konnte. Es werden nur die verschiedenen Auffassungen aus der Debatte aufgefaßt.

Sozialistische Friedenskonferenz.

Jülich, 23. Mai. (Eig. Draht.) Die gemeinsame Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde am Montag abend beendet.

Von den vier angenommenen Entschließungen behandelt die erste die technischen Probleme der Abrüstung. Sie fordert das Verbot der Offensivwaffen, die Internationalisierung der zivilen Flugschiffahrt und Beschränkung der Rüstungsausgaben, durchgreifende Herabsetzung für alle anderen Rüstungskategorien und internationale Kontrolle. Die anderen Entschließungen betreffen die Abschaffung der privaten Waffenerzeugung und die Regelung des internationalen Waffenhandels, die Bedeutung der Demokratie im Kampf um die Abrüstung und die gegenwärtige weltpolitische Lage. Die vierte Entschließung endet mit den Worten: „Wenn die Vertreter der kapitalistischen Welt sich als unfähig erweisen, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die gegenwärtige Krise überwunden, die Katastrophe, die die Welt bedroht, abgewendet werden kann, wird das Proletariat selbst allein die Aufgabe übernehmen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Konferenz lehnt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse für den ganzen Welt auf den Ernst der gegenwärtigen Lage und fordert sie auf, sich zum Kampf bereit zu halten.“

Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit einer Rede, in der er die geschichtliche Bedeutung des ersten Zusammenwirkens der beiden großen Zweige der internationalen Arbeiterbewegung in einer öffentlichen Konferenz hervorhob.

Keine Einigung in Württemberg.

Stuttgart, 23. Mai. (Eig. Draht.) Die am Montag vormittag unter den bürgerlichen Parteien wieder aufgenommenen Verhandlungen zur Bildung einer parlamentarischen Regierung sind gescheitert, und zwar ist sowohl die sogenannte Große Koalition, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum reichte, wie auch die unter Ausschaltung des Zentrums gestandene Koalition von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten nicht gelang.

Zentrum und Demokraten haben sich in den Verhandlungen grundsätzlich bereit erklärt, eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten zu bilden. Dabei haben aber beide unabhängig von einander die Forderung gestellt, daß der Staatspräsident und Innenminister kein Nationalsozialist sein dürfe. Daraufhin wurden die Verhandlungen von den Nationalsozialisten abgebrochen.

Um die Notverordnungen.

Die Nazis spielen im Haushaltsausschuß wieder mit.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Montag die Beratung der zu den Notverordnungen gestellten und dem Ausschuß vom Reichstagsplenar überwiebenen Anträge. Nach ländermäßigem Schwänzen waren die Nationalsozialisten zum ersten Mal wieder im Ausschuß erschienen. Ihre Tätigkeit begann mit dem von Dr. Frid ausgesprochenen Vorwurf, daß der Ausschuß möglichst wenig tagen wolle. Abg. Gilling (Ztr.) wies demgemäß darauf hin, daß die arbeitsbereiten Abgeordneten im letzten Winter vom 20. Januar bis kurz vor Ostern fast ununterbrochen getagt haben.

Die Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen

Standen zunächst auf der Tagesordnung, wonach die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehoben werden soll, sowie ein Antrag der Nationalsozialisten vom 22. Februar d. J., der alle seit Juli 1930 erlassenen Notverordnungen aufheben will. Dr. Frid verurteilte diesen Antrag dahin auszugehen, daß auch die nach dem 22. Februar erlassenen Notverordnungen aufgehoben seien, vor allem diejenige, die das Verbot der Wahl auspricht. Der Reichsführer mußte sich aber von dem preussischen Heimann und von Vertretern der verschiedensten Fraktionen, selbst von dem Deutschnationalen Abg. Dr. Hergt, darüber überzeugen lassen, daß eine solche Auslegung unmöglich sei, denn am 22. Februar habe man die später erlassenen Notverordnungen noch nicht gefaßt. Als darauf Dr. Frid einen neuen Antrag auf Aufhebung des Wahlverbots stellte, wurde dieser Antrag als unzulässig abgewiesen, weil seine Beratung, ohne daß der Antrag vom Plenum dem Ausschuß überwieben ist, gegen die Geschäftsordnung und gegen die Beratung verstoßen würde.

In der Begründung der dem Ausschuß überwiebenen Anträge wurde von den Rednern der betreffenden Fraktionen nichts Neues vorgetragen, es sei denn, daß Frid sich als Fanatiker der Geschäftsordnung und Quack (DRL) sich als Verteiliger der Volksouveränität aufspielten. Als der Kommunist Torgler die Nazi an die

Erklärung Hitlers erinnerte, daß er, wenn er Reichspräsident würde, nicht daran denke, die Notverordnungen aufzuheben, erwiderte Frid dem Ausschuß mit der Antwort, die Erklärung sei abgelesen worden unter einer Voraussetzung, die nicht eingetreten sei.

Sozialdemokratische Erklärung.

Für die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gab Abg. Reil folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion trägt für die Notverordnungen politische feinerste Verantwortung. Große Befürchtungen der Notverordnungen verstoßen gegen die Anschauungen und Forderungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten werden.

Die Fraktion mißbilligt insbesondere die unzulässigen Bestimmungen

der Notverordnungen, die den wirtschaftlich schwachen Volksteilen die größten Opfer auferlegt, ihre Lebenshaltung tiefer und tiefer herabgedrückt, die Wirtschaft- und Finanzkrise aber nicht überwinden haben. Die völlige Aufhebung der Notverordnungen ergeht der sozialdemokratischen Fraktion jedoch nur dann möglich, wenn eine Mehrheit im Reichstag vorhanden ist, die bereit ist, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung an die Stelle der verfehlten Bestimmungen der Notverordnungen Maßnahmen zu setzen, die den Lebensbedürfnissen der am schwersten betroffenen Volksteile gerecht werden. Gemeinsam mit den Parteien, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen gestellt haben, ist die Bildung einer solchen Mehrheit nicht möglich. Einzelne dieser Parteien verfolgen im Gegenteil das Ziel, die Sozialleistungen völlig auszuhebeln, die Laster der Notzeit noch rücksichtsloser den Hungernden aufzubürden und darüber hinaus das Volk durch Befestigung des demokratischen Wahrechts zu entmündigen. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht geneigt, diesen Parteien die Erreichung ihrer Ziele zu erleichtern.

Die Abstimmung über die Anträge wird am Dienstag erfolgen.

Schulrat Meyer-Memel von Litauen freigelassen.



Die litauischen Behörden haben jetzt den deutsch-memelländischen Schulrat Meyer, der vor Wochen unter dem Vorwand der Espionage verhaftet worden war, freigelassen, da sich die Beschuldigung als unbegründet erweisen hatte.

Japans neuer Ministerpräsident.



Admiral Saito.

bisher japanischer Gouverneur von Korea, wurde zum neuen japanischen Ministerpräsidenten ernannt. Admiral Saito dürfte sein Kabinett erst in einigen Tagen gebildet haben. Seitens Ziel ist eine überparteiliche Nationalregierung, in der zwar die Parteien gleichmäßig vertreten sind, in der aber der bestimmende Einfluß von Armee und Marine ausgeübt werden wird. Der betagte Admiral repräsentiert die konservativere Richtung innerhalb des Militärklingels. Seine Wahl stellt eine Art Kompromiß dar.

Reichsbanner für freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Bundesführer des Reichsbanners, Hiltnermann, berichtete am Sonntag in Bergedorf auf einer Konferenz des Bundes Hamburg-Bremen-Nordhannover des Reichsbanners über die Aufgaben, die die gegenwärtige Situation dem Reichsbanner stellt. Er ging noch einmal auf die mittlerweile gescheiterten Vorträge, ein Verbot des Reichsbanners durchzuführen, ein. Bei dem Material, mit dem man diesen Plan verfolgt habe, habe es sich um Fälschungen und Spitzelarbeit gehandelt. Die Gelder für diese Beschuldigungen stammten zum Teil aus dem Hagenberghaus, zum Teil aber vollständig aus von amtlichen Stellen. Wahrscheinlich sei der Sturm gegen das Reichsbanner in der Weiterrede der Bendlerstraße injiziert worden.

Wir werden über Hiltnermanns Rede morgen noch ausführlich berichten.

Ergänzung des Reichskabinetts.

Schon in dieser Woche.

Die „Frankf. Zeitung“ heute mittels, ist damit zu rechnen, daß bei der bevorstehenden Ausfrage Dr. Brüning mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg nicht nur die Zustimmung des Reichspräsidenten zu den neuen gesetzgeberischen Maßnahmen der Reichsregierung, sondern auch zu den personellen Fragen zur Debatte stehen wird, jedoch also alle diese Dinge gleichzeitig zur Entscheidung kämen. Neuerdings wird man gesprochen, daß wegen der Besetzung des Reichswehraministeriums mit einigen Reichswehrgenerälen verhandelt wird, und zwar in erster Linie mit dem Berliner Gruppenkommandeur der Reichsmarine, General der Seeartillerie Salkle. Möglich ist, nach der „Frankf. Ztg.“, auch, daß im Zuge der bevorstehenden Veränderungen im Kabinett nicht nur das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsministerium des Innern durch die endgültige Retzierung Dr. Goerers neu besetzt werden, sondern auch das Reichswehrministerium. Man muß damit rechnen, daß sich unter Umständen zwangsläufig ein einig Reichstagsfraktionen in ihrer Opposition sehen. Wie sein Nachfolger ist auch schon ein anderes Kabinettsmitglied genannt worden, nämlich Minister Schöningh, der wohl im Falle seiner Betrauung mit der Leitung des Reichsernährungsministeriums seinen bisherigen Aufgabenkreis misserhalten würde.

Nazis verlieren zwei Drittel!

Gutes Vorgehen für die Heffenwahl.

In der heffischen Stadt Bittel erhielten die Sozialdemokraten am Sonntag bei einer Beirgordnungswahl 1718, ein bürgerlicher Sammeltandabid 905, der Kommunist 521 und der Nationalsozialist 298 Stimmen. Zersplittert waren 32 Stimmen.

Am Vergleich zur heffischen Landtagswahl am 15. September 1931 gewann die Sozialdemokratische Partei 98 Stimmen, während die Kommunistische Partei 134 Stimmen verlor. Die Nazis erlebten einen bisher beispiellosen Zusammenbruch; sie verloren von 901 Stimmen 608, also zwei Drittel. Die Wahl des sozialdemokratischen Beirgordneten in der Schönmahl dürfte gefestigt sein.

Ein derartiges Volksvotum für einen Sozialdemokraten kann nicht nur dem Wanne gegolten haben, sondern muß auch vom häufigsten Gegner gewertet werden als ein Stimmungsumschwung für die Sozialdemokratische Partei.

Diese Wahl in Bittel ist ein Symptom für eine allgemeine Wende des Volkes von den Heiden des Wortes zurück zu den Wurzeln und zur Partei der Tat. Es ist dies auch gar nicht verwunderlich angesichts der beispiellosen Feigen, durch bombastische „Erklärungen des Führers“ nur allzu mangelhaft verheilten Dickschädelern der Nazis vor irgendeiner Teilnahme an der Verantwortung in Preußen.

Die Wahl von Bittel ist ein Wahrzeichen aus dem Reich; Es ist noch Zeit. Wird endlich schließliche Arbeit geschaffen, dann ist es vorbei mit dem Nazijug!

Nach ein ähnliches Resultat ist aus der gleichen Gegend zu verzeichnen: In Zwingenberg an der Bergstraße fand am Sonntag eine Bürgermeisterwahl statt, deren Ergebnis im Hinblick auf die kommende Landtagswahl Beachtung verdient. Der Ort umfaßt 418 und Zwingenberg 174 Stimmen, der Hindenburg- und Nationalsozialistische Reichspräsident. Hiltnermann 174 Stimmen. Bei gleicher Wahlteilnahme gelangt der heffische demokratische Bürgermeister Gerhard 702 Stimmen, während der Kandidat der Nationalsozialisten nur 337 und der der Kommunisten nur 134 Stimmen erhielt. Gegenüber der Landtagswahl im vorigen Herbst verlor die Nationalsozialisten 208 Wähler, die bei der Struktur des Ortes fast durchweg bei den bürgerlichen Gruppen vermutet werden dürfen.

Genantes Benzin ist sollter. Der Reichsfinanzminister hat die Zollstellen ermächtigt, bis auf weiteres bei Verunreinigungen, die im Zustande des Bestandes sind, nichtverfügbaren Zoodien dienend und die im Warenverkehrsverfahren eingehen, von der Verpolung der zwanzig fünf überflüssigen Menge Treiböl abzulegen. Eine ähnliche Regelung besteht schon im Bereiche über weitere Ökreden.



General Scharf.

der Kommandant der japanischen Luftstreitkräfte im Schanghai, ist den schweren Verletzungen erlegen, die er bei dem furchtbaren Attentat anlässlich der Parade im Honten-Park in Schanghai erlitten hatte.

Die Schüsse von Waltershausen.

Bestrafung des Todesopfers.

Waltershausen, 23. Mai. (Eig. Draht.) Am Montag wurde der hier am Freitag nach einer Demonstrationserregung der Wohlfahrtsvereinsleitung von der Landespolizei erschossen. Teilnehmer am ersten Kaufmann bestraft. Der Friedhof war von der Landespolizei abgeperrt. Zutritt hatten nur die nächsten Verwandten des Toten. Infolge dessen konnten nur etwa 10 Personen an der Trauerfeier teilnehmen.

In der Stadt waren starke Polizeistreife aufgestellt, die u. a. auch einen sozialdemokratischen Journalisten vorübergehend verhafteten, als er im Begriff war einige photographische Aufnahmen zu machen.

Beurteilungen vor dem Schnellgericht.

Wolfs, 24. Mai. (Eig.) Das Große Schöffengericht in Wolfs hat am Montag im Schnellverfahren 8 Arbeiter, die an den Ermordungen in Waltershausen beteiligt waren, die Beurteilung erfolgte wegen schweren Aufruhrs. Die Strafen liegen zwischen acht Monaten und zwei Jahren Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurden die Haftbefehle gegen drei Beurteilte wegen Flüchtigkeits aufrechterhalten.

Morgen tritt der Landtag zusammen.

Wilmars, 24. Mai. (Eig.) Der Volksrat des thüringischen Landtags tritt morgen in Waltershausen zu Mittwoch vormittag einberufen. Eine Landtagsagung wird frühestens am Freitag stattfinden können.

Die neue belgische Regierung.

Brüssel, 24. Mai. (Eig.) Das neue Kabinett des bisherigen Ministerpräsidenten Renkin ist am Montag von dem belgischen König ernannt worden. Der Ministerpräsident übernimmt zugleich das Amt des Finanzministers. Außenminister bleibt der liberale Abgeordnete Sgomaan. Dem Kabinett, das sich fast ausschließlich aus katholischen Konfessionen und liberalen Kräften zusammensetzt, gehören auch je ein sozialistischer und sozialistischer Vertreter der christlichen Gewerkschaften an. Insgesamt wurden von Renkin aus seinem bisherigen Kabinett drei Minister ausgewechselt.

Epländische Parlamentswahlen.

Reval, 24. Mai. (Telunion.) Am Montag fanden die estländischen Parlamentswahlen nach dreitägiger Dauer ihrer Abstufung. Die Ergebnisse laufen infolge der mangelhaften Verbindungen nur sehr langsam ein. Die Wahlbeteiligung betrug in Reval 70 v. H., in der Provinz teilweise bis 80 v. H. Die Wahlen verliefen überall ruhig. Am allgemeinen macht sich ein Aufwind nach rechts bemerkbar. Nach vorläufigen Berechnungen dürfte die vereinigten Agrarpartei 40 Sitze, die nationale Mittelpartei 23 Sitze, der deutsch-sozialistische Wahlklub 3 und die Sozialdemokraten 21 Sitze erhalten. Abweichende Ergebnisse sind nicht vor Dienstag nachmittag zu erwarten.

Internationaler Gemeindefongress.

London, 24. Mai. (Telunion.) Am Montag wurde in London der 5. Internationale Gemeindefongress unter dem Patronat des englischen Königs und dem Vorwort von Lord Derby eröffnet. Der englische Gesundheitsminister Sir Hilton Young begrüßte im Namen der englischen Regierung die weit über 1000 Abgeordneten von insgesamt 44 Staaten, die am Kongress teilnahmen. Als deutsche Vertreter wählten der Kongress den Ministerialdirektor von Leyden vom preussischen Innenministerium, Dr. Muelet, der Präsident des deutschen Städteverbandes, ferner Dr. Lehr, Oberbürgermeister von Düsseldorf sowie die Herren Müller und Henle von der deutschen Volkspartei in London. Ministerialdirektor von Leyden brachte nach der Eröffnungsansprache von Lord Derby den Dank der deutschen Regierung für die Einladung der englischen Regierung zum Ausdruck. Noch nie sei die Zusammenarbeit zwischen den Völkern so dringend notwendig gewesen als gerade jetzt. Der sozialdemokratische Präsident des internationalen Gemeindefongresses Wilbroux-Belgien erklärte, die ganze Welt blicke nach Genf und Lausanne und erwarre, daß die Errichtung des Weltfriedens nunmehr komme.

Krawalle in Hamburg.

Hamburg, 23. Mai. (Eig. Draht.) Am Montagvormittag versuchten Kommunisten, in der Straße Köpchen in der Reuestadt vor dem Arbeitsamt zu demonstrieren und gefolgt in das Arbeitsamt einzudringen. Die Polizei verhinderte dieses, worauf sie angegriffen wurde. Ein Polizeibeamter, der dem Gummistock entziffen worden war und der besonders mißhandelt wurde, gab einen Schuß ab, der einen Angreifer schwer verletzte. Im Anschluß an diese Vorgänge wurde im Eingangsstrich ein Polizeibeamter, der mit den vorausgehenden Zusammenstößen nicht zu tun hatte, von mehreren Personen angegriffen und zu Boden geschlagen. Insgesamt wurden sechs Personen, die an den Zusammenstößen beteiligt waren, festgenommen.

Neue Skandalprozesse

Die verkrachte bayrische Eisenbahnerbank.

München, 23. Mai. (Eig. Draht.) Am Montag begann vor dem Münchener Strafgericht der Prozeß gegen sechs Direktoren und Vorstandsmitglieder der Bayerischen Eisenbahnerbank. Diese Bank, die als Geldinstitut des christlichen bayrischen Eisenbahnerverbandes vor rund 12 Jahren ins Leben gerufen wurde, ist im März 1920 infolge einer beispiellosen Mißwirtschaft ihrer Leitung verkracht. Einer Vermögensvergleichung zufolge standen nicht weniger als 6.645.904 Mark Passiven gegenüber, darunter allein über vier Millionen Mark Einlagen kleiner und kleinerer Sparer. Es wird mit einer Prozeßdauer von acht bis zehn Tagen gerechnet.

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft behauptet, daß die Bank bereits 1927 konturlos war. In der Folgezeit sei dieser Krisenzustand dauernd vertuscht worden, indem der Effektenbesitz in den Bilanzen wie zu hoch bewertet und faule Kassenstände als sicher und vollwertig gebüßt wurden. Trotz der Einmahnenverluste, die seit 1926 zu verzeichnen waren, verstanden es die Angeklagten immer wieder, die Generatorkonvention zur Ausfüllung von 12 Prozent Dividende auf die Stamm- und 7 Prozent auf die Beteiligungsanteile zu beschließen. In die Offensivität über die mehrer Jahre vor dem Zusammenbruch, zahlte man über 90.000 Mark zu viel an Körperschafts- und Vermögenssteuer. Einem ziemlich unkontrollierbaren Dispositionsfonds wurden allein 120.000 Mark an Entnahmen und Sonderverrichtungen entnommen, an denen u. a. der gegenwärtige Staatssekretär für die bayerischen Sozialministerien und zwei Vizepräsidenten der Bayerischen Volkspartei teilhatten.

Die Anklageschrift bezieht die Bankleiter u. a. auch der Unterlassung der Konturserhebung, da bereits am Stichtag der Bilanz von 1927 ein Verlust von 1,3 Millionen Mark vorhanden war. Der Gesamtverlust im Effektenbesitz betrug bis zum 16. Dezbr. 1929 über 3,7 Millionen Mark. Im Hinblick auf den Befehl einer Generatorkonvention hatte nämlich die Eisenbahnerbank ihre Effektenbesitz ausschließt, zum Zweck der Spekulation betrieben, wobei die Direktoren trotz wieder in die eigene Tasche spekulierten. Auch ein Vergehen gegen das Depotgesetz haben sie sich zuschulden kommen lassen, indem sie die vom Bayerischen Eisenbahnerverband deponierten Wertpapiere fast ausschließlich für private Spekulationen verwendeten. Vor allem hatten sich die angeklagten Leiter der Bank recht saftige Gehälter und Sondervergütungen „bewilligt“, die allein bei dem Hauptangestelltem weit über 300.000 Mark monatlich ausmachten. Dabei hatte dieser Direktor bezogen, die öffentlichkeit keine klare Meinung von den Verhältnissen. So konnte er z. B. bei seiner Berechnung nicht einmal den Unterschied zwischen Spekulationspapieren und Anlagewerten. Er unterschätzte auch die

Bilanzen mit der hohen Bewertung der Papiere, ohne sich bemüht zu sein, daß das eine glatte Bilanzverfälschung war. Dieser erste Direktor verfuhrte bei seiner Vernehmung alle Schuld auf den ihm unterstellten zweiten Direktor Belter abzumäßen, dessen besonders wichtige Vernehmung für Dienstag festgesetzt ist.

Der Reichsfreier als Hochstapler.

Dortmund, 23. Mai. (Eig. Draht.) Vor der großen Sonderstrafkammer des Landgerichts dortmunds begann am Montag der Prozeß gegen das Ehepaar Baron und Reichsfreier Paulus von Schellerheim und den Major Domus Kaly, die Hochstapler die größten Ausmaßes begangen und viele Hunderte um Hunderttausende Mark betrogen haben. Jeder, der mit ihnen in Berührung kam, wurde begannert, ob es nun ein Lohnführer oder Diener um den Betrag von fünf Mark oder ein Lieferant um den Betrag von 15-20.000 Mark war. Der Kaiser, der allen vorgeordnet wurde, war der reichsfreierliche Titel, auf den immer wieder Dummgehirnen zurückzuführen.

Der Reichsfreier stammt aus ärmlichen Verhältnissen, wenn auch seine Verwandten heute noch Rittergüter und Großgrundbesitzer im Hannoverischen sind. Sein Vater war Stationsassistent in Duisburg und Dortmund und hatte neun Kinder. Radl mißglückter Schicksal wurde der Angeklagte Reisender in Leppichan. In der Infanzionszeit spekulierte er, wie Laubende seines Schlags, auf Balfie; er wurde Großhändler in Diamanten und Gemälden, und dann, so sagte er mit Nachdruck, „hatte ich das Bed, mich bei der Beendigung der Inflation nicht schnell genug umstellen zu können, sonst wäre ich, wie andere, ein gemachter Mann“. Immerhin die Sozialdemokraten heute noch Rittergüter und Großgrundbesitzer im Hannoverischen sind. Sein Vater war Stationsassistent in Duisburg und Dortmund und hatte neun Kinder. Radl mißglückter Schicksal wurde der Angeklagte Reisender in Leppichan. In der Infanzionszeit spekulierte er, wie Laubende seines Schlags, auf Balfie; er wurde Großhändler in Diamanten und Gemälden, und dann, so sagte er mit Nachdruck, „hatte ich das Bed, mich bei der Beendigung der Inflation nicht schnell genug umstellen zu können, sonst wäre ich, wie andere, ein gemachter Mann“. Immerhin die Sozialdemokraten heute noch Rittergüter und Großgrundbesitzer im Hannoverischen sind. Sein Vater war Stationsassistent in Duisburg und Dortmund und hatte neun Kinder. Radl mißglückter Schicksal wurde der Angeklagte Reisender in Leppichan. In der Infanzionszeit spekulierte er, wie Laubende seines Schlags, auf Balfie; er wurde Großhändler in Diamanten und Gemälden, und dann, so sagte er mit Nachdruck, „hatte ich das Bed, mich bei der Beendigung der Inflation nicht schnell genug umstellen zu können, sonst wäre ich, wie andere, ein gemachter Mann“.

Das Geld war ebenfalls in wenigen Wochen verpulvert. Der reichsfreierliche Titel, auf den immer wieder Dummgehirnen zurückzuführen, konnte er Ende 1924 noch für 200.000 Mark Diamanten verpfänden. Das Geld war ebenfalls in wenigen Wochen verpulvert. Der reichsfreierliche Titel, auf den immer wieder Dummgehirnen zurückzuführen, konnte er Ende 1924 noch für 200.000 Mark Diamanten verpfänden. Das Geld war ebenfalls in wenigen Wochen verpulvert. Der reichsfreierliche Titel, auf den immer wieder Dummgehirnen zurückzuführen, konnte er Ende 1924 noch für 200.000 Mark Diamanten verpfänden.

Wiens Finanzminister.



Stadtrat Hugo Breiner.

Wien, 23. Mai. Amlich wird verlaubert, der von Genf heimgekehrte Notenanstaltpräsident Riendö habe der Regierung beigesteuert, die Westmärke seien gewillt, für Österreich eine Aktion zu unternehmen, doch bestelle über die Geschäftspunkte noch keine Einigung. In der Erwartung, daß auf jeden Fall längere Zeit vergehen werde, ehe die Aktion zustandebringe, beschloß der Ministerialrat, eine Verordnung zu erlassen, welche für den Fall der Devisenkonverter den Dienst der Auslandsschulden in Schilling regelt.

Schilling statt Devisen.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt heute vormittag zu einer neuen Sitzung zusammen, in der Reichsanwalt Brünning insbesondere über seine Genfer Verhandlungen mit den europäischen Staatsmännern vertraulich berichten wird. Außerdem wird der Ausschuss einen Bericht über den Stand der Verhandlungen entgegennehmen. Am Anstich auf diese Berichte wird eine Ausrede erfolgen, die maßgeblich erst am Mittwochabend abgeschlossen werden dürfte.

Der hessische Haushalt durch Notverordnung in Kraft gesetzt. Infolge der Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen hat sich die hessische Regierung gezwungen gesehen, durch Notgesetz die erforderlichen Grundfragen zur Führung der Staatsgeschäfte zu schaffen. Das Notgesetz, das sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung und auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatssicherheit von Kindern und Gemeinden vom 24. August 1931 stützt, ist inzwischen erlassen worden. Es wird dem neuen Landtag bei seinem Zusammentritt sofort zur Befähigung vorgelegt werden. Der neue bayerische Landtag tritt am 31. Mai zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tagesordnung erschöpft

die in der Wahl des siebenjährigen Landtagsdirektoriums, in dem die Sozialdemokraten durch den zweiten Vizepräsidenten vertreten sein werden. Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung sind bisher noch nicht geführt worden.

Letzte Nachrichten

(Eigene Sammel- und Drahtberichte)

Anhalt der Nazi-Partei-Wirtschaft ausgeliefert.

Defau, 24. Mai. (Eig.) Die neue nationalsozialistisch-bürgerliche Regierung in Anhalt hat ihre Wirksamkeit damit begonnen, die so genannte Arbeiterpartei-Wirtschaft für sich nutzbar zu machen. In der ersten Anordnung, die heute veröffentlicht wird, teilt das Staatsministerium Freyberg-Knorr mit, daß es den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Paulig sowie den sozialdemokratischen Kreisdirektor Göttsche-Berndt und den sozialdemokratischen Kreisdirektor Hentze-Defau bis auf weiteres in Urlaub geschickt habe. Mit dieser Maßnahme sollen die Staatsbeamten kalt gestellt werden, die von der sozialdemokratisch-sozialistischen Regierung in ihre Ämter berufen worden. In ähnlicher Weise beabsichtigt man gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Sinsler-Defau vorzugehen, der nach dem Willen der neuen Reichsbehörde sofort abgeholt werden soll.

Anhalt ist also auf dem besten Wege der nationalsozialistischen Partei-Wirtschaft ausgeliefert zu werden.

Do. X. heute nachmittag in Berlin.

Berlin, 24. Mai. Wie die Telegramm-Union erfährt, wird das Flugzeug Do. X. am Dienstagvormittag zwischen 8.30 Uhr und 9 Uhr im Hafen von Southampton zum Aufstieg nach Deutschland starten. Das Flugzeug wird seinen Kurs über Hamburg nehmen und am Nachmittag zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Mittelmeer bei Berlin niedergehen.

Beschuldigungen gegen Bankier und Versicherungsgeneraldirektor.

Berlin, 24. Mai. (Telunion.) Die Kriminalpolizei nahm am Montag auf Grund mehrerer Anzeigen den Generaldirektor der Vereinigten Krankenversicherungs A.G. Dr. Julius Pfeiffermann und den Bankier Heinz Borchardt, Mitinhaber des Bankhauses Hausmann und von Zimmermann vorläufig fest. In den gegen sie erstatteten Anzeigen wird ihnen der Betrug und Untreue vorgeworfen. Die Unregelmäßigkeiten sollen sich auf mehrere Millionen Reichsmark belaufen. Die Vereinigte Krankenversicherungs A.G. erklärt dazu, daß es sich bei den Beschuldigungen gegen Pfeiffermann und Borchardt um nachträglich entlassener Angestellter handele. Die Unregelmäßigkeiten, sollen bereits mehrmals vom Reichsaufsichtsrat nachgeprüft worden sein, wobei sich kein Anlaß zu Beanstandungen ergeben habe.

Beurteilung Arbeitsamtsangehöriger.

Berlin, 24. Mai. (Eig.) Das Schöffengericht Berlin-Mitte beurteilte am Montag acht Angehörige des Arbeitsamtes Süd wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu schweren Strafen. Der Hauptangeklagte B. erhielt 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus, den übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von 4-7 Monaten zubilligt. Die Angeklagten hatten, um sich Beamtenarbeiten zu verschaffen, auf Benutzungsformulare nicht nur als Beamte ausgegeben, sondern auch als Beamte ausgegeben, obwohl sie als Angehörige zur Annahme von Beamtenarbeiten nicht berechtigt waren.

Erdbeben und Duffan-Ausbrüche in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 24. Mai. (Telunion.) Die ostindischen Inseln Flores und Timor wurden am Montag von schweren Erdbeben heimgesucht, die großen Schaden anrichteten. Zugleich traten mehrere Vulkanische Ausbrüche in Tätigkeit. Das Ausmaß der Naturkatastrophen ist noch nicht abzusehen.

Aus aller Welt

Der Großbrand in den Deutschen Werken in Spandau.



Bild in eines der ausgebrannten Fabrikgebäude.

In den Deutschen Industrie-Werken in Berlin-Spandau brach ein Großfeuer aus, das zu den größten Bränden gehört, die die Reichshauptstadt in den letzten Jahrzehnten erlebte. Trotzdem 13 Löscheinheiten eingriffen, wurden 10 000 qm der Fabrikanlagen durch das Feuer völlig zerstört.

Drama der Zeit. In Berlin-Spandau suchte der 33jährige Kaufmann Kurt Müller gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem neunjährigen Sohn durch Gasvergiftung den Tod. Müller war am Freitag infolge Arbeitsmangels aus seiner Stellung entlassen worden.

Zwangsversteigerung.

Am Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuch von Halberstadt, Band 171, Blatt Nr. 5534 eingetragen, nebstliegend bestehende Grundstück

am 28. Juni 1932, vormittags 11 Uhr

an der Gerichtsstelle, Petershof, Domplatz Nr. 49, Zimmer Nr. 11, versteigert werden.

Nr. 1, Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt Nr. 15, Parzelle Nr. 182/1, Grundbesitzmatrikelle Blatt 6683, Gebäudeneuerelle Nr. 3445, Grundbuch, Kreisstraße Nr. 32 mit Hofraum und Ausgängen, Größe 4 ar, 97 qm, Gebäudeneuerungswert 800 Mark.

Der Versteigerungstermin ist am 19. Januar 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Bauunternehmer Rudolf Koch in Halberstadt eingetragen.

Halberstadt, den 28. April 1931.

Das Amtsgericht.

Billiger Verwaltungsonderzug nach Stuttgart und Oberdorf (Allgäuer Alpen)

am 11. bis 19. Juni 1932.

Preis für die Spur und Rückfahrt einschließlich sämtlicher Liebermanns mit Frühstück, Porträgo und Bedienung, Stadtrundfahrt in Stuttgart, der Fahrt auf das Nebelhorn, der Fährfahrten und Besichtigungen laut Programm ab Braunschweig

Braunschweig	67,-	RM
Wienersbühl	66.40	"
Wienersbühl	65.20	"
Goslar	64.80	"

In Stuttgart Hotelquartiere, in Oberdorf Privatquartiere. Bei Liebermanns oder mittlerere Hotel-Zufahrt von 4.00 RM.

a) In beiden Hotels Frühstück von 8.50 RM.

Die Quartiere sind in allen Preisgruppen tafellos. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 25. Mai 1932.

Reichsbahn-Verkehrsamt Braunschweig.

Wernigerode. Holzverkauf.

Die kgl. Oberförsterei Wernigerode, Friedrichstraße 131, Tel. 2510, gibt freihändig jede Menge (schwarzes Buchholz, Fichten-Verdichtungen I., II., III. Klasse und Fichten-Verdichtungen V. Klasse und Vernählgg. ab.

Wernigerode, den 23. Mai 1932.

Der Magistrat. (Vorführverwaltung).

Deffentliche Mahnung.

Alle Eigentümer, welche mit den Zahlungen der Grundvermögens- und Haussteuer, Gewerbesteuer oder Kapital und vom Ertrage, Handelssteuer, sowie sämtliche Werts- und Gewerbesteuer in Rückstände sind, werden hierdurch aufgefordert, die rückständigen Beträge bis einschließlich 31. Mai d. J. in den Rentenbüchern von 8 bis 12 Uhr an die hiesige Ortssteuerbehörde, Markt 1, zu zahlen.

Vom 28. bis 31. Mai bleibt die Kasse zur Befriedigung der Rechte geschlossen.

Ab 1. Juni d. J. sind für die bestehenden Rechte die gesetzlichen Verzugszinsen (11/2 % pro 1/4 Monat) in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig unterliegen diese Beträge dann der zwangsweisen Beitreibung.

Wernigerode (Harz), den 23. Mai 1932.

Die Ortssteuerbehörde als Vollstreckungsbehörde.

A. D. A. C.

Waldbühne	Kurtheater
Mittwoch, 4 1/2 Uhr:	Mittwoch, 8 1/2 Uhr:
Zum letzten Male „Weh' dem, der lügt!“	„... Vater sein, dagegen sehr.“
Lastspiel von Grillparzer.	Lastspiel
0.60 0.80 1.00 1.30 1.50 1.80	

Amerika bleibt trocken.

Der Antrag auch vom Repräsentantenhaus abgelehnt.

Washington, 23. Mai. Der Antrag auf Genehmigung der Herstellung und des Ausfuhrs von leichtem Bier mit einem Alkoholgehalt von 2,75 v. H. ist nunmehr auch vom Repräsentantenhaus abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte mit 228 gegen 169 Stimmen.

Hitlers österreichische Filiale.

München, 23. Mai. (Eg. Draht.) Die österreichische Heimwehr mit dem Führer Dr. Pfeifferer an der Spitze hat sich unter der Firma „Deutscher Heimwehrverband“ selbstständig gemacht, weil die Heimwehr unter Starobinski durch ihre Reaktion mit den Christlich-Sozialen und dem Landbund „die Grundzüge des nationalen Heimwehrgeistes verlassen“ hätte. Gleichzeitig hat sich Pfeifferer und sein neuer Bund der politischen Leitung Hitlers unterstellt.

Bier. Vorsitzender der kommunistischen preussischen Landtagsfraktion. Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags wählte am Montag an Stelle des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Abgeordneten Schwent den neuwählten Abgeordneten Bier zum Vorsitzenden. In den Fraktionsvorstand wurden u. a. gewählt die Abgeordneten Schwent, Rasper und Koenen.

Im Berliner Felsenprozess gegen 18 kommunistische und sechs nationalsozialistische Angeklagte, der sich zu einem Dauerprozess entwickeln dürfte, begann am Montag die Verhandlung. Sie wird wahrscheinlich Monate dauern. Insgesamt sind 280 Zeugen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung geladen. Vor Beginn der Zeugenvernehmung hat das Gericht drei Kommunisten und zwei Nationalsozialisten, die entlassen erscheinen, aus der Haft entlassen.

Hof und Liebe. In Gienfabt (Burgland) wurde der Zigeleibehrer und frühere Landesbauhauptmann, Landtagsabgeordneter Anton Schreier von einem böhmischen Hilfsarbeiter erschossen. Der Täter stellte sich der Polizei. Als Motiv des Mordes gab er an, daß er dafür habe Rache nehmen wollen, daß sein Bruder von Schreier wegen Unpünktlichkeit entlassen worden sei.

Schweizer Schützen für Rom. Die chinesische Regierung beabsichtigt, schweizerische Schützen für ihre Armee anzuwerben. Sie hat kürzlich bei dem bekannten Luzerner Freischützenvereinhard angefragt, ob er und andere Schweizer Schützen bereit seien, in das chinesische Heer als Schützenführer einzutreten. Man hat ihnen einen einjährigen Vertrag mit 1000 Dollar Gehalt pro Monat bei freiem Unterhalt angeboten.

Tödlich abgestürzt.



Der ungarische Flieger Georg Endrich, der 1931 von Neufundland über den Ozean nach Budapest flog, stürzte bei der Fahrt zum internationalen Treffen der Dyanflieger in Rom kurz vor Erreichung seines Zieles, des römischen Flugplatzes Vittorio, tödlich ab.

Kein Zutankamen-Geschehnis. In London wird demnach auf Anregung der ägyptischen Regierung eine große Ausstellung ägyptischer Kunst eröffnet, bei der vor allem die Schätze des im Jahre 1922 von Howard Carter und Lord Carnarvon freigelegten Zutankamen-Grabes gezeigt werden. Carter bemerkt die Gelegenheit der bevorstehenden Ausstellung zu der Erklärung, daß die beteiligten Personen dem Tode verfallen seien, eine dumme Legende, die Lord Carnarvon und sein weiterer Mitarbeiter seien aus vollkommen natürlichen Todesursachen verstorben; auch sonst ist nicht bekannt, daß bei fast 90 000 Menschen, die die wunderbaren Schätze seit dem Jahre 1922 besichtigten, im Zusammenhang mit dieser Besichtigung Schaden an Leib oder Seele genommen hätten.

Bekanntmachung.

Zur Ausföhrung von elektrischen Anlagen zum Anschluß an unsere Stromwerke ist heute die Firma C. G. P. D., Halberstadt, Weingarten 20a, zugelassen.

Halberstadt, den 21. Mai 1932.

Städtische Werke.

C. G. P. D., Ortsgruppe Halberstadt

Am Freitag, dem 27. Mai 1932, 20 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Referat der Landtagsabgeordneten Winna Dollmann über:
 - „Die Partei und die Lage in Preußen“
2. Parteilangelegenheiten.

Reiz Parteimitglied besäume diese wichtige Versammlung.

Der Vorstand.

Felsenkeller

Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr: **Künstler-Konzert**

Leitung: W. Tost.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Ein billiger und praktischer Reiseführer

Dietz Arbeiter-Reise- und Wander-Führer

Führer durch die schönsten Gebiete Deutschlands und der Ostereidischen Alpenländer - Arbeiter-Führer über die deutschen Ströme - Zahlreiche Abbildungen und Orientierungskarten - Praktische Winke für verlässliche Reisen und Wanderungen - Vollständiges Adressenverzeichnis der Volkshäuser, Ferienheime der Naturfreunde, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend, der Jugendherbergen und sonstiger billiger Unterkunfts-möglichkeiten - Ein ständiger Band von 490 Seiten im Taschenformat

Der beste Ferienberater

Preis nur **2** MARK

Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Halberstädter Tageblatt.**

Edüfer-Martin-Salbe gegen Hautschäden u. ohne Duftstoffe. **Maissalbe**

Mert'sche Salbe gegen Gicht. **Wieder'scher** Hantvengengesse

Lauchstädter Brunnen

Niederlage: **Carl Baudorf Nachf., Drogerie Hoheweg 6.**

Schlafzimmer

Gebe ich im Augenblick aus besonders billig ab. **Eigene Werkstattdarbit!** **Volle Garantie!**

Paul Giesow, Tischler-Meister

Werkst. Nr. 2, zweites Haus neben der Reichsbahn.

Das beste Essen

ist nur nahhaft, wenn es gut verdaulich wird. Köstlicher Schwarzwälder fördert durch seinen hohen Nährstoffgehalt die Verdauung, so daß allen, die Kräftigung brauchen oder an schlechtem Stoffwechself leiden, dieser Genußgenussart bestens empfohlen werden kann. Köstlicher Schwarzwälder ist mehr als ein wohlschmeckendes Getränk, es ist ein wertvolles Nahrungsmittel und schafft gelundes Blut. Generalvertretung: Emmy Sturm, Biergroßhandl., GutsMuths-Str. 6, Fernr. 2449. Auslieferung vom Feß im Spezialausgang S. d. Rathause 2.

Zum Einkauf

von allen Sorten frischen und geräucherter Wurstwaren, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch in nur guter Qualität empfehle ich allen hiesigen und aus wärtigen Parteinossen und ihren Familien mein neu eingetroffenes

Fleischerei, Thale, Hauptstr. 3

H. Schinkel

Sommerprossen

Wir nichts half - hilft immer

Frucht'schwarzwälder

Mk. 1.80 und 3.15

Gegen Mieser, Pickel und alle Hautunreinheiten

Schönheitswasser Aphrodit

Mk. 1.80 und 3.15

Parfümerie G. Midy Breiweg.

H. Meinel

Halberstadt

Martinplan 5, am Hoheweg

Schallplatten

Musik-Instrumente

Mundharmonika

Reparaturen an Violinen, Zupfinstrumenten, Sprechapparaten sachgemäß und billigst.

Beziehen von Bogen mit besten Haaren, Stimmen von Zithern.

Meine Hausmacher-Brasil

(grobes Format) ist für den Brasil-Kenner eine Überraschung!

Sie kostet nur **10 Pf.**

Überzeugen Sie sich bitte!

Hubert Berg

Schmiedestr. 15 Hoheweg 4 Spiegelstr. 9 Kühllingerstr. 18

Hamalith-Heilsalbe

Große Erfolge durch

bei offenen Beinen, selbst in veralteten Fällen, schlecht heilenden Wunden, Brandwunden, Flechten, Hämorrhoiden. Viele freiwillige Dankschreiben. Aerztlich empfohlen. Probepackung 1.50. Originalpackung zu 3.50 u. 4.50. Nur e. c. h. mit dem Namen „Hamalith“. Zur Unterstützung der Wirkung Hamalith-Blutreinigungssalbe, Packung 1.50. Zu haben in allen Apotheken, wenn nicht vorrätig, beim Hersteller

Adler-Apotheke, Hamerleben (Kreis Oschersleben)

Technik für Alle

Monatshefte für Technik u. Industrie

12 reichillustrierte Hefte und 4 kostenlose Bücher im Jahr. Bezugspreis RM 2.25 im Vierteljahr. Verlangen Sie kostenlos Probeheft vom Verlag Dieck & Co, Stuttgart

Eine Zeitschrift, die belehrt und unterhält!

Buchhandl. Halberstädter Tageblatt

WERNIGERODE

Gegen Geschichtsklitterung und nationales Maulheulentum.

Eine Wehr gegen „U-Boot 116“.

Am Kurtheater Wernigerode wird das Schauspiel „U-Boot 116“ aufgeführt. Das Stück schildert eine letzte Ausfahrt eines U-Bootes, das von bemant mit Offizieren, in den sicheren Tod fährt, um noch einmal feindliche Schiffschiffe zu vertonen. In dem Stück werden die Seeoffiziere zu prachtvollen Nationalhelden gesteigert, die nur den einen Wunsch haben: für das Vaterland zu sterben, während alle anderen Marinetaten als minderwertig dargestellt werden. Der Novemberrevolution von 1918 ist nämlich schon eingetreten. Der einzige Marineoffizier des Stückes ist ein Scheusal in Menschengestalt. Er ist Landesverrat, Spion, Egoist, geizig und entsetzlich trübsinnig. Das Stück ist eine schamlose Geschichtsklitterung.

Es ist deshalb sehr erfreulich, daß jetzt die „Vereinigung ehemaliger U-Bootsfahrer“ einen Protest veröffentlicht, der sich scharf gegen diese Geschichtsklitterung wendet.

Der Protest lautet: „Die in der Unterseebootkameradschaft zusammengefaßten früheren U-Bootsfahrer aller Dienstgrade und Dienststellen erheben schärfsten Einspruch gegen die der geschichtlichen Wahrheit widersprechenden Darstellung der letzten Fahrt von „U 8 116“ in dem von Karl Perls bearbeiteten Schauspiel „U 8 116“. Das Boot hatte, wie der Umstand festgelegt ist, keine planmäßige Besatzung an Bord, und die Mannschaft ist mit derselben Pflichterfüllung und dem gleichen Opfermut in den Tod gegangen wie ihre Vorgesetzten, denen sie sich in treuer, kampferprobter Kameradschaft verbunden fühlte. Das Schauspiel schmeißt — auch bei Zuhilfenahme der freien Gestaltung des Stoffes durch den Dichter — eine Verunglimpfung der Toten von „U 8 116“.

Es liegt uns fern, mutige Taten herabsagen zu wollen. Es muß aber immer wieder betont werden, daß die Mannschaften der früheren Kriegsschiffe und des Landheeres in keiner Weise hinter den Beilagen ehemaliger Offiziere zurückbleiben. Vor allen Dingen hat es kein Schicksal und kein U-Boot gegeben, das nur mit Offizieren ausgerüstet gewesen wäre.

So etwas gibt es nur in den Träumen überpanneter Nationalisten.

— Holzverkauf. Die städtische Oberförsterei, Friedrichstraße 131, verkauft freihändig jede Menge schmales Bauholz, Fichten-Derblungen, Fichten-Nesslingen und Brennholz. Jetzt kann man auf billiges Holz rechnen!

— Kauf an Blase! Diesen Absatz haben wir verschiedentlich an unsere Freunde geteilt und immer wieder erfährt, in erster Linie unsere Ankerkreise zu berücksichtigen. Bedauerlicherweise wird diese Wohnung nicht in allen Kreisen beachtet. In jeder Zeit sind uns eine Reihe von Besuchern unterbreitet worden, die star sagen, wo es hintritt, wenn man von fremden Händlern kauft. Im vergangenen Jahre waren Händler mit Angestellten hier und überredeten auch einige. Gewissen, Stoffe bei ihnen preiswert zu kaufen. Sehr, nachdem diese Firmen in Konture gegangen ist und die ausstehenden Forderungen an andere Firmen abgetreten hat, werden in verschiedenen Fällen die Beträge doppelt und dreifach von den verschiedenen Seiten von den Schuldnern angefordert. So in Fällen wo die Stoffe bar bezahlt wurden, verfuhr man jetzt durch Anpreisung der Gerichte die Zahlung nochmals zu erzwingen. Wer sich von Scherereien freihalten will, kaufe an Blase. Wenn er irgendwelche Bestellungen hat, kann er diese persönlich abholen und hat keine unnötigen Schreibereien.

— Befestigt freigelegt das Antraut. Die Selbstenpflanze, Kleefeld, die Wucherblume, der milde Hül, das Frühjahrskraut auf Ackerländern jeder Art sowie auch auf Weiden, Wiesen, Bese, Wäldern, Eisenbahnlinien um sind von den Unterhaltungs-pflichtigen bzw. Benutzenden, welche die Grundstücke als Eigentümern, oder Pächtern oder als Pächter oder Verwalter bewirtschaften, so frühzeitig zu vertigen, daß sie nirgends im abblühenden oder reifen Zustande gesehen werden. Ebenso ist das Ausblühen aller Wildarten durch rechtzeitiges Abschneiden zu verhindern. Es wird darauf hingewiesen, daß die Nichtbefolgung der diesbezüglichen Vorschriften bestraft und das Antraut auf Kosten des Verpflichteten entfernt wird.

— Waldhöhe. Am Mittwoch, den 26. Mai, findet die Aufführung des Lustspiels „Weg dem, der lügt“ von Grillparzer statt.

— Blausausverteilung. Es wird darauf hingewiesen, daß die Eigentümer, Anwohner und Verwalter von Gärten, Obstanlagen und Baumgärten verpflichtet sind, die etwa auftretende Blausaus zu vertigen. Von der Ortspolizeibehörde sind Kontrollurteile bestimmt, die die Befolgung der diesbezüglichen Vorschriften zu überwachen haben. Wer die Anordnungen derselben nicht befolgt, wird bestraft.

* Am nächsten Donnerstag gelten Sonntagsarbeiten! Am Donnerstag, den 26. Mai, ist Fronleichnamstag, ein von der Reichsbahn für die Bestimmungen über Sonntagsarbeiten anerkannter Feiertag. An anerkannten Feiertagen sind sämtliche Sonntagsarbeiten gültig, d. h. vom Tage zuvor, also vom Mittwoch, den 25. Mai, mittags 12 Uhr, gelten alle Sonntagsarbeiten bis Freitag, den 27. Mai, früh 9 Uhr. Sämtlich der Mittwoch, den 25. Mai, wie der Donnerstag, den 26. Mai, sind also Tage, an denen man zu Ausflügen und sonstigen Reisen berechtigt fahren kann.

Kreis Wernigerode

Ausflug. In der Gemeindevorsteher-Versammlung besaßte man sich mit der brennendsten Frage der Arbeitsbeschaffung. Zu diesem Zwecke soll die Pflasterung der Straßen in Angriff genommen werden. Der Vorsteher betonte, daß man von der sog. Wallerstraße zur Leerstraße gekommen sei, um nunmehr an das allein richtige Mittel zu gehen. Mit Hilfe von Mitteln aus der produktiven Gewerbsloshilfe soll an das Projekt herangegangen werden. Der Kernpunkt der eingehenden Unterhaltung war, ob ein größeres Projekt über 2000 Tagelöhner oder ein kleineres von 500—2000 Tagelöhner in die Wege geleitet werden soll. Die Vertretung war sich darüber einig, daß das größere Projekt das richtigere sei. Die Anteile trar aber zunächst für das kleinere ein, weil daselbst nur die Zustimmung des Landratsratsrats bedürfte, was vielleicht 3—4 Wochen Zeit in Anspruch nehmen würde. Bei dem großen Projekt muß die Genehmigung des Staates eingeholt werden, da die Sache in der Hauptsache vom Staate finanziert werden muß. Unsere Vertreter von links befürchteten, daß es uns lo gehen könnte wie im Falle Schmidt, und dann hätte es noch sehr lange Zeit, ehe sich in Jena auch nur eine Hand rühren würde. Darauf daß die kommunikalische Verwaltung, die der Gemeinde monatlich 230 Mark für nichts und gar nichts kostet, nun bereits 3½ Jahre. Da die Vertreter der Rechten aber am großen Projekt festhielten, wurde daselbst auch mit dem Entschluß unserer Vertreter angenommen und Gemeindevorstand und Baukommission beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Einer Herabsetzung der Biersteuer wurde zugestimmt, da die Gemeinde vom Staate den Steuerersatz vollständig zurückerhält. Nach Erledigung einiger Anfragen des Gen. R. Baber betreffend Arbeitsbeschaffung und Verbesserung des Dries land eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Darlingsrode, 23. Mai. Ein Sängerefest veranstalteten am Sonntag die angegliederten ländlichen Männergesangsvereine des ländlichen Sängerbundes des Kreises Wernigerode in unserer Gemeinde. Am Sonntag wurde der Gestalten ehrend gedacht, indem an heiligen Kriegesdenkmälern eine Kranzabdeckung erfolgte. Von 11—13 Uhr war Empfang der auswärtigen Vereine. Um 14 Uhr formierte sich ein stattlicher Zug zum Festumzug unter Vorantritt der Kapelle Steinbrecher-Wernigerode. Welch großen Anteil die Einwohnerzahl an diesem Fest nahm, zeigte die Anwesenheit des Dries mit Fingerringen und die mit Fiedersträußen gesierten Stützen und Hülfstrahlen. Recht humorvoll wirkten die ausstaffierten Wagnen, mit feinen Sprüchen versehen. Auf dem Festplatz, dem herrlich gelegenen Schützenplatz, eröffnete der festgebende Verein „M.B.S. Eintracht“ Allen-Darlingsrode mit einem Begrüßungswort das Gefangenzentert. Anbalsweise Worte richtete der Vorsitzende, Gustav Range, an die Sänger und Gäste. Unter Chorleitung von Lehrer Zimmermann wurden die Majestätschöre der Bundesvereine mützig vorgetragen. Hieran erfolgten Vorträge der Einzelvereine; wo jeder Verein, seinen Kräften entsprechend, sein Bestes gab. Den Schluß bildete noch ein Wessener. Das Wandern, welcher unter dem feinsten Beifall der Zuhörer eine Zugabe ergang. Am Abend fand ein Festball im Tanzlokal statt, wo zwei Kapellen für ausgiebigen Gebrauch des Tanzbrettes sorgten.

Bei derartig großen Veranstaltungen machte sich wieder das Fehlen eines großen Saales sehr unangenehm bemerkbar. Trozdem der festgebende Verein weder Mühe noch Arbeit gespart hatte und dem Festplatz ein würdiges Gepräge verliehen, so konnte er doch nicht vermeiden, daß die Zuhörer nicht den vollen Genuß hatten vom Konzert, da der Wind den Schall davontrug, nicht auszubedenken ist, wenn es gerungen hätte. Infolge des prächtigen Wetters kann sich der M.B.S. Eintracht auch zum finanziellen Erfolg beglückwünschen, was der Besuch doch sehr gut, da auch viele Wernigeröder einen schönen Spaziergang damit verbunden hatten.

Aus Halberstadt

Vorbereitung des zivilen Luftschutzes.

Amlich wird mitgeteilt:

Nicht nur alle Verträge, durch internationale Vereinbarungen den Krieg überhaupt unmöglich zu machen, sind bisher vereinbart worden, sondern auch die Bemittlungen, wenigstens den Abwurf von Kampfstoffen aus der Luft völlerrechtlich hindern zu verbieten. Auf Grund des Pariser Luftfahrtabkommens vom Jahre 1926 ist Deutschland zu Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft, also zur Durchführung eines zivilen Luftschutzes, berechtigt. Bereits im Jahre 1927 hat das Reichsministerium des Innern, durch die Reichsregierung der Vorbereitung des zivilen Luftschutzes die gebührende Aufmerksamkeit widmet, wurde erstmalig im Jahre 1928 durch eine Verlautbarung des damaligen Reichsinnenministers, Herrn Seewing, der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Den ersten praktischen Schritt auf diesem Gebiete bildete die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei, Feuerwehr, Technischen Nothilfe und der familiären Hilfsorganisationen zum Schutze der Bevölkerung gegen Gasangriffe, wie sie jeder Tag bringen kann (s. B. Phosgen-Luftst. in Samburg). Am Herbst 1930 wurde dann in Uebereinstimmung mit den Vändern der Zeitpunkt für eine Erledigung des Luftschutzes gegen die Gefahren des Tages zu einem Schutze der Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft zu erweitern.

Der zivile Luftschutz besteht in passiven Schutzmaßnahmen, die zum Ziele haben, die Wirkung von Luftangriffen auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen, das Leben der Bevölkerung zu schützen und eingetretene Schäden und Gefahren so schnell wie möglich zu beseitigen. Er gehört also in das Gebiet der „Vorfrage gegen öffentliche Nothstände“, die den Staatsbehörden, insbesondere den Polizeibehörden, obliegt. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist mithin weder eine militärische noch eine politische Angelegenheit.

Die Mittel des zivilen Luftschutzes sind in allen bedeutenden Staaten der Welt sorgfältig geprüft und unterucht worden. Auch das Rote Kreuz hat sich auf seinen verschiedenen internationalen Goshutzkonferenzen eingehend mit ihnen befaßt. Nach allgemeiner Auffassung kommen hauptsächlich folgende Maßnahmen in Frage: Ein sorgsam aufgestellten der Mith- und Barmstehenden Luftangriff frühzeitig erkennen und die Bevölkerung rechtzeitig warnen soll, eine Zernung der Ziele durch Vernebelung oder Vernebelung, ein kollektiver Schutz der Bevölkerung durch Schaffung behelfsmäßig plittler- und gasdichter Unterunterräume in Häusern und Gebäuden und durch zweckentsprechende Anordnung bei der Planung künftiger Baulanlagen, die Ergänzung kollektiven Schutzes durch einen Einzelschutz gegen Gas — somit dies nötig, und möglich ist — und schließlich eine fassende Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes, der eingetretene Gefahren durch tatkräftiges und sachgemäßes Eingreifen schnell beseitigen soll.

Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen haben sinngemäß auch für alle größeren Betriebe und Unternehmungen — insbesondere Eisenbahn und Post sowie die lebenswichtigen Werke — Anwendung zu finden. Dabei muß der einzelne Betrieb für den Schutz seines Personals und seiner Anlagen in der Hauptsache selbst sorgen.

Die Wirksamkeit solcher Schutzmaßnahmen ist selbstverständlich nur eine bedingte. Keine Gefahr läßt sich gänzlich bannen. Die Erfahrungen im Weltkrieg haben aber gezeigt, daß durch planmäßige Maßnahmen die Wirkung feindlicher Luftangriffe auf planmäßige Maßnahmen die Wirkung feindlicher Luftangriffe auf das Heimatgebiet wesentlich herabgemindert werden kann, und daß ein Schutz bereits mit verhältnismäßig einfachen Mitteln unter Ausnutzung und Ausbau vorhandener Einrichtungen möglich ist.

Der Schwerpunkt der Durchführung liegt in den örtlichen Vorbereitungen. Ihre Leitung ist Aufgabe der Polizei. Sie muß hierbei enge Fühlung mit den Gemeindeverwaltungen halten. Da die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, sollen „Luftschutzbeiräte“ den Polizeibeamteten unterstützen und beraten. Zu den Luftschutzbeiräten werden Vertreter derjenigen Behörden, Organisationen und Verbände herangezogen, die bei dem Aufbau des Luftschutzes nützliche Mitarbeit zu leisten in der Lage sind.

Luftschutzbeiräte sind in den nachfolgend aufgeführten Orten des Regierungsbezirks gebildet worden: Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg, Stendal, Burg, Wernigerode, Calbe a. S., Staßfurt, Barby, Egeln, Westeregeln, Tangermünde, Haritz und Rathstedt.

Unser Dienst am Raucher:

Die Verwendung feinsten aromatischer Tabake

und die gewissenhafte Betreuung durch anerkannte Fachkräfte im ganzen Herstellungsgang

bringt als Ergebnis für

JUNO

höchste Qualität!

Dieses Prinzip können wir aufrechterhalten, weil wir keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickerchen beilegen. Die große Juno-Gemeinde, Millionen Raucher umfassend, anerkennt die Richtigkeit unseres Handelns!



Der Schöpfer unserer Spiegelsberge.

Ein Vortrag über Spiegel im Familienständigen Abend.

Am Montag verlamelten sich auf Einladung des Familienständigen Abends Halberstadt Gäste und Freunde dieser Vereinigung im Jagdschlösschen Spiegelsberge, um einen Vortrag Dr. Beters über Ernst Ludwig Christoph Freiherr v. Spiegel zum Ehrenberg zu hören. Zu dieser Veranstaltung — es war die 69. Sitzung des Familienständigen Abends Halberstadt — waren auch Mitglieder der Familie Spiegel von weither gekommen, Herr von Gleinig zu begrüße die Gäste recht herzlich, wies auf die alljährliche Spiegelsberg-Exkursion hin und hob hervor, daß Freiherr von Spiegel vor 20 Jahren nach Halberstadt gekommen sei. 50 Jahre hätte er in Halberstadt gelebt und während dieser Zeit viel Gutes geschaffen. Halberstadt gehörte ihm mit der Familie Spiegel eng verbunden.

Der Kerygenen entwarf Dr. Beter das Wirken, die Umwelt und die Tradition der Familie Spiegel. Er beschränkte sich nicht nur darauf, ein Bild von Ernst Ludwig Christoph von Spiegel heranzustellen, sondern er vermittelte die Bekanntschaft mit weiteren, aufzuweisen, insondere mit dem Namen Spiegel taucht schon sehr früh in Geschichte, in Sage und Sage und hat sich bis heute, das ist ein Knappes Spiegel im Jahre 777 bei Warburg Kaiser Karl bei einem Gefecht das Leben gerettet habe und darum hoch beehrt worden sei. Im 1168 trieb ein Konrad Spiegel sein Unwesen als Räuber und Wörder in deutschen Gauen. Ob es sich bei diesen Beiden um Vorfahren der Familie Spiegel handelt, kann nicht festgestellt werden. Im 1600 war von Oppen Dechant in Halberstadt. Sein Nachfolger wurde 1622 Land von Spiegel, der mit von Oppen lange vordem in Verbindung stand. Land von Spiegel war zweimal verheiratet. Seine erste Frau erkrankte, ließ 1608 einen Widler kommen, um ihren Mann allen Besitz und Vermögen zu vererben und ließ im folgenden Jahre, Spiegel setzte sich ein für die Förderung der Pflanzschule und betätigte sich auch ferner sehr in der hauswirtschaftlichen des Bischofs Heinrich Julius. Es brach der dreißigjährige Krieg aus, Tilly und Wallenstein kamen nach Halberstadt. Während die Bürger mit der Einquartierung beauftragt wurden, hatte die Geistlichkeit für den Unterhalt des Militärs zu sorgen. Der Verbrauch der Truppen war groß, und da die Disziplin der Truppen sehr viel zu wünschen übrig ließ, kam es oftmals zu Übergriffen, die es notwendig machte, daß Spiegel bei Wallenstein vorstellig wurde. Es muß festgestellt werden, daß die Besetzung von der Braunfels Wallensteins nicht zutrifft. Spiegel war unerschrocken in den denkwürdigen Ereignissen und wachte beständig die Neutralität. Er änderte sein Verhalten auch nicht, als die Schweden kamen. 1655 waren die Kaiserlichen erneut im Lande und alle Arbeit lastete auf Spiegel, denn es galt, vertriebene Ämter usw. neu anzulegen und Streitigkeiten zu schlichten und zu unterdrücken. Bürger und Bauernschaften hatten sich empört. Hervorgehoben zu werden verdient auch noch die Tatsache, daß Spiegel das erste Seminar in Preußen errichtete.

Ernst Ludwig Christoph Freiherr von Spiegel (1711—1788) war ein Soldatenkind. Er ist 1754 in Berlin nach Johann Friedrich II. ein Kreuz für die Halberstädter Domherren, 1757 gestifteten Preussischen die Grundbesitz, die an die nachfolgenden Spiegelsberger lagen. 1763 erwarb Spiegel den Berg und begann, genau wie Franz von Sphing in Berlin mit dem Ausbau zu einem Park. Fast 40 000 Thaler hat Spiegel hier hineingesteckt. Die Ausschmückung des Parks erfolgte im Sinne Balbans, im Sinne der Erziehung und Belehrung der Menschen zum Guten. Es gelangten Figuren aus Sandstein zur Aufstellung, Bäume zum Nachdenken wurden angebracht, Fliesen liefen frei umher, Grotten und das Manufaktur wurden errichtet. Vom Regenfein, der nicht mehr als Fassung benutzt wurde, erwarb Spiegel das Kommandantenhaus, das er in Spiegelsberge wieder aufbauen ließ. Damit wurde ein Tanzlokal und Räume zur Unterhaltung geschaffen. Die Gesellschaft wurde gepflegt und Altersschwächen veranlaßt. 1783 wurde die Kurie mit einem Hofkammern von 14 000 Thaler errichtet. Alle diese Arbeiten wurden von Halberstädter Gewerbetreibenden, denen ein guter Verdienst zufließt, ausgeführt. Spiegel begab sich 1785 nach Weimar, um hier in einer Gebirgslandschaft beim Reichsgericht etwas zu erreichen. Von dieser Reise sollte er nicht wieder zurückkehren. Als Klein in Halberstadt von ihm einen Brief erhielt, war er bereits gestorben. Drei Jahrzehnte hatte Klein mit ihm freundschaftlich gehalten. Seit 1788 findet in Halberstadt die Spiegelfest statt.

Aus der Familie Spiegel ist besonders noch Dietrich Ernst von Spiegel, ein lehrtauglicher Mensch und Dichter, der in Bayreuth im Geselle Jean Pauls lebte und wirkte. Als seine Frau

stark, kam er nach Halberstadt, um hier Trost zu suchen. Erwähnt wurde ferner der Entel des Domdechanten, der 1877 in Halberstadt lebte. Er war ein Freund der Malerei, der Künstler zweiten und dritten Grades förderte. Unter ihm erfolgte die Restaurierung der Kurie. Als die Bauarbeiten höhere Höhe forderten und zum Protest vor das Rathaus gingen, griffen Künstler, die die Demontanten vertrieben. Er war und blieb ein Grandseigneur und Vertreter des alten Adels, der sich immer mit der neuen Zeit abfinden konnte. Erwähnung verdient ferner Gatzig von Spiegel, der in Weimar Oberhofmarschall war. Gatzig hat 1824 eine Eintragung in das Tagebuch der Frau dieses Spiegels vorgenommen.

Dr. Beter hat in seinem Vortrag eine Fülle von Material, das im Rahmen dieses Berichtes nur andeutungsweise behandelt werden konnte. Ihm wurde für seine Ausführungen herzlichster Dank gesagt.

* Erfolg der Volks-Bauparlasse „Vorwärts“. Man schreibt uns: Wiederum konnten die zuständigen Organe der Gemeinnützigen Volks-Bauparlasse „Vorwärts“ GmbH, in Lübeck unter Mitwirkung des Vertrauensmannes des Reichsaufsichtsamtes zu Pflingten einen Betrag von mehr als einer viertel Million Reichsmark den zuteilungsberechtigten Bauparlaren zur Verfügung stellen. Damit wurden innerhalb dieses Jahres insgesamt mehr als eine halbe Million Reichsmark der Wirtschaft zugeführt. Ein Betrag, der in heutiger Zeit schon immens hoch zu schätzen ist. Solche Leistungen sind natürlich nur möglich, wenn das Unternehmen ein durchaus solides Geschäftsgeschäft an dem Tag legt und auf gesunder Grundlage aufgebaut ist. Hat man nun doch endlich in allen Kreisen erkannt, daß die Wurzel der deutschen Wirtschaftskrise in den überkapitalisierten Zinseinstreit liegt. Die Parole heißt heute: „Schafft Arbeit durch die Bauparlasse Vorwärts“. Auszustellerteil die Begrüßung Halberstadt, Burgstraße 5 und die Ortsleiter.

* Verwaltungsveränderung von Braunschweig nach Oberdorf. Oberdorf im bayerischen Allgäu ist das Ziel des Verwaltungsveränderungsbüros vom 11. bis 19. Juni, auf den ein Vorabend heute bereits heimlich. Abfahrt nach Braunschweig am 11. Juni 22.08 Uhr, Abreisezeit 22.24, Abbruch 22.41, Abreisezeit 23.05, Goslar 23.33, Neustadt-Hausen 23.53. Rückfahrt in Braunschweig am 19. Juni 8.35 Uhr, auf den Zwischenstationen entsprechend früher. Ein Ausgang ist 1 1/2 Tage Aufenthalt. An Oberdorf bleibt der Zug vom 13. Juni bis 18. Juni. Von hier Ausflüge ins Gebirge und Stadtparkfahrten nach den königlichen Höhenparkanlagen und Neuschwanstein. Eine Bodenfahrt Lindau—Friedrichshafen—Burg zurück wird veranstaltet. Auf der Rückfahrt von Oberdorf führt der Sonderzug einen Nachmittag in Dinkelsbühl. Ein Reiseführer, der alle Einzelheiten enthält, wird beim Besen der Fahrkarten kostenlos abgegeben.

Aus Okerwiewitz

om. Kasierrecht! Am Freitag abend glaubte der Kasimann G.A. auf dem Polizeipalast, aufmerksamer durch Alkohol, seinem Besen unbedingt Fuß machen zu müssen. Seine Anträge richteten sich im allgemeinen gegen das Reichsbanner und im besonderen gegen unser Reichsbanneramtsverordneten Herr. Aus Verger darüber, daß er vor einigen Tagen an anderer Stelle eine rechtliche Vorlesung unterbreitete, wurde er bestraft. Auf der Rückfahrt von Oberdorf am 1. er wollte sich erheben, als von unferm alten Gen. S. Redoritzer vor ihm aufstand, riefte G.A. ihn so an. daß S. noch in der Nacht nach Halberstadt zur ärztlichen Behandlung gebracht werden mußte. Bei der Festnahme wurde ich dieser Nacht noch und drohte, er würde die G.A. von Goslar alarmieren, die in Okerwiewitz am nächsten aufzubrechen würde. Dem Beschlusse wurden eine Erinnerung an dem Stempel aus der Schilke eine Karte mit Geld und Hausstücken.

SUNLICHT SEIFE

„gut und SO-O billig!“
DOPPELSTÜCK JETZT 27 PF.
BLOCKSTÜCK JETZT 23 PF.
neu! 10 PF. PACKUNG

„Allo du bist ein — Verbrecher?“ „Scharf kommen die Worte, eines nach dem andern, über seine Lippen.“
„Gott ja, wie man es nimmt. Das erstmal war ich beinahe unschuldig, da müßte ich für die anderen mitbüßen. Die waren schlaue als ich und machten sich zur rechten Zeit aus dem Staube. Nachher freilich, da war mir alles egal. Überwies mich doch auch mal als Mensch leidet, ohne sich zu schämen, und auf ehrliebe Weise kam man das bis, was mir gesäht wurden.“
„An Wuff! malte es auf.“
„Was erzählst du mir da alles? Ich will nichts hören. Ich habe keinen Teil daran. Ich will mich nicht beschämen.“
„Euch nicht weiter!“ herrschte Wuff ihn an. „Ich will nichts hören. Ich fenne dich nicht. Geh! Auf der Stelle geh!“
„Euch nicht weiter!“ herrschte Wuff ihn an. „Ich will nichts hören. Ich fenne dich nicht. Geh! Auf der Stelle geh!“
„Hier ist alles Ged, was ich habe. Rimm es und geh. Aber mach schnell.“
Der Alte beüllte sich nicht. Er trich alles bis auf den letzten Pfennig ein. Er waren mehrere Taler dabei. Dann trat wieder das Lauten in seine Augen.
„Ja, mein Sohn, lange hat das nicht vor. So bald bekomme ich hier keine Arbeit. Sieh mal, ich wollte eigentlich am liebsten wieder zurück nach Amerika. Ich geniere mich ja selbst, mich hier zu setzen, wo du hier angestellt bist. Ich weiß wohl, wie das ist. das heißt nachher immer: hatte seinen Vater gesehen, als er damals aus dem Zuchthaus kam?“
„Kommt du jetzt aus Amerika?“
„Ne. Augenblicklich komme ich aus Rendsburg. Ich habe da das Büttensenden gelernt, und wenn ich mal ein paar hundert Mark in die Finger hätte, wollte ich es wohl zu was bringen.“
Wuff fuhr zusammen, als schüttelte ihn der Frost. Er begriff. Am Rendsburger Zuchthaus mußten die Gefangenen Büttensenden.

om. Was unserer Parteiverammlung. Genosse Schütte legte in seinem Referat „Rückblick über die letzten Wahlen und deren Auswirkungen“ den augenblicklichen Stand der Dinge dar. Als Kandidaten zu den Elternbestimmungen wurden vorgeschlagen: G. Zanker, E. Wille, H. Schulz, R. Raus, W. Rendsburg, R. Wills, G. Grottel, M. Heilig, E. Schmidt. Für die Mittelstelle: W. Illrich, Maria Sachleben, A. Wölke, Fritz Gille, W. Wenzel. Unter Berücksichtigung wurde noch darauf verwiesen, Genossenschaft gegen führende Genossen in Umlauf zu bringen. Außerdem wurde gerügt, daß die Parteipresse noch zu hoch liege. Dem Dezentaren wurde anheim gegeben, bestimmte Zeiten einzuführen, in welchen es möglich ist, für Wählerbestimmungen frei zu haben. Schließlich ist es angedeutet, gegen die Parteipresse schon befehlt sei, mußte vernicht werden, da sie erst ausgeschrieben sein muß, was bereits geschah ist. Von Okerwiewitz haben sich die Konventoren Ritter und Herr. Kropel gemeldet.

ov. Eine Riebstagungs. In den frühen Morgenstunden wurden gestern in der Nähe eines Gartens am Friedhofes zwei junge Leute aufgefunden. Das junge Mädchen, Dabere aus Okerwiewitz, war bereits tot, der junge Mann, Hinner aus Singsdorf, lebte noch bei der Auffindung. Die üblichen Vernehmungen hatten bei dem jungen Mann zuerst dem Mädchen und dann sich selbst die Schiffe beigebracht. An dem Aufkommen des jungen Mannes, der sofort von der Sanitätskolonne ins Kreiskrankenhaus geschafft wurde, wird gemeldet.

Kreis Halberstadt

Küßengrode, 23. Mai. Erfolgreiche Werbung für die Partei. Am Sonntag abend in unferm Ort eine Ausangation durchgeführt, die aus ein neue Mitglieder für die Partei brachte. Damit haben wir unferen alten Stand wieder erreicht, jedoch wollen wir die agitation in kurzer Zeit wiederholen und wir werden, das hat uns das Ergebnis vom Sonntag gezeigt, auch noch weitere Erfolge erringen.

Sornburg, 24. Mai. Am Freitag, dem 27. Mai, findet im Lokal „Zur Salzmühl“, abends 8 Uhr, eine öffentliche Parteiverammlung der Volks-Bauparlasse Vorwärts statt. Es soll, das Kreis-Bauparlasse-Programmsachen in die Tat umzusetzen, und das ist möglich auf dem Wege der Selbsthilfe durch die Bauparlasse. Der Bezirksleiter Schiedel-Halberstadt prüft über Wirtschaftsausschuß und Bauparlaren.

Schaun, 24. Mai. Bei Kallen findet am Samstag, dem 20. Uhr, eine Bauparlareversammlung statt, die jeder Interessent besuchen sollte.

Aus Okerwiewitz

a. 80 Jahre alt wird heute Dienstag die Witwe Marie Kise geb. Köhler, Schützenstraße 36. Das Geburtsdatum ist noch bei voller Gesundheit und Mäßigkeit.

a. Schon wieder ein Fahrdrückhieb! Am 20. d. Mts. wurde einem Schloßerlehrling aus Okerwiewitz sein vor dem hiesigen Landratsamt lebendes Fahrrad gestohlen. Das Rad, Marke „Corona“, hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, enalische Ventile und elektrische Beleuchtung, die hintere Verlegung ist rot, die vordere grau. Am Rad befand sich noch ein Beschädiger. Der Diebstahl wurde am 21. d. Mts. gemeldet, und die Polizei wurde eingeschaltet. Der Bericht vom 21. Mai lautet sinntlich. Kreisrat Otto Wolf machte ausführliche Ausfahrungen an den letzten wirtschaftspolitischen Tagesfragen. — Die Gewerkschaftsaktivität wurde neu organisiert. Sie ist untergebracht bei dem Arbeiterministerium, und Gewerkschaften werden. Eine Verordnung wird neu geschaffen. — Eine erste Auszahlung erob die freimüllige Arbeitslosenversicherung. Am Schluß des Kurses Albert Schröder interessente Aktivitäten von der M.D.B. Schule in Bernau zum Besen.

a. Inkenntnis des Kreisrates. Der Landrat hat bei der Kreisrat am Mittwoch, dem 15. Juni, vormittags 9 Uhr, zusammengetreten. Die Tagesordnung umfaßt zwölf Punkte. Der Hausbesuchplan des Kreisrat steht zur Beratung. Ferner soll über die Aufnahme einer Kasse von 35 000 Mark zur Deckung der Ausgaben des Kreisrat diskutiert werden. Die Sitzung des Kreisrat findet wieder im Kreisratshaus in Okerwiewitz statt.

Kreis Okerwiewitz

Grottel, 24. Mai. Am Mittwoch findet abends 20 Uhr eine öffentliche Parteiverammlung im Lokal „Zum Ratzen“ statt. Wegen der volkswirtschaftlichen Bedeutung darf keiner fehlen.

Der Kirchspielvogt von Schlichtingen.

Roman von K. v. der Eider
Copyright 1931 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf
13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Mein Vater? Also so sah sein Vater aus, der Vater, nach dem er sich die ganze Kindheit hindurch geseht hatte, nach dem er geträumt hatte, daß er als reicher, mächtiger Mann beintreten würde. Jetzt, da die Schindeln und die Träume längst überwandten waren, da er selbst ein Mann geworden war und sich auf seine eigene Kraft verlassen konnte, erhielt er als — als —
„Ich habe keinen Vater“, erwiderte er mit blauen Lippen.

Der andere rühte nach.
„Es ist aber wahr. Ich kann es nachweisen, daß ich dein rechtmässiger Vater bin.“

„Was willst du von mir?“ rief Wuff. Er begriff, daß der andere etwas von ihm wollte, daß er nicht nur gekommen war, ihn als Sohn zu begreifen.

Der Alte zog ein melancholisches Gesicht.
„Ach Gott ja, man will doch als Vater sein einziges Kind mal sehen, noch dazu, wo ein das Leben so hart migenommen hat.“

„Das sieht man“, sagte Wuff kalt und starr. Er fühlte mehr Mitleid noch Liebe zu dem armen Menschen vor sich, nur ein entlegenes Unbehagen.

Der andere ließ sich auf einen Stuhl nieder und zog ein schmerzliches, volktrauriges Lächeln aus der Tasche, womit er sich über Gesicht fuhr.

„Also du liebes Kind. Schiedel genug ist es mir ergangen. Auf ehrliebe Weise kommt der Mensch heutzutage nicht durch die Welt.“
„Also auf unehrliche?“
„Das magst du wohl sagen: die reichen Leute haben es nicht nötig, zu lügen. Glaube mir, mein Sohn, ich hätte mich längst um dich gekümmert. Aber wenn man hinter Schloß und Riegel um sein Leben da nach, und wenn ich oben wieder frei war —“
Wuff ging ein kurzweiliges Lächeln auf. Also ein Zuchthauswärter sein Vater. Daher das unheimlich verdorrte Aussehen, der unklare Blick. Nur mit Mühe bemerhte er seine Fäulung.

Von Goethe zu Hitler? — Niemals!

Rettet die deutsche Kultur!

Das Auge der Welt ruht auf Deutschland. Goethe-Feiern in Paris und London, in Rom und Moskau, in Prag und Warschau, in New York und Tokio — in der ganzen Welt! Der Nationaldichter Deutschlands wird als Weltbürger und Weltbürger allerorts gefeiert. Mit dem „Faust“, seinem genialsten Dichterverk, gelang es Goethe, das zu erreichen, was dem Erläuterer mit seiner „gepanzerten Faust“ nicht gelungen ist, nicht gelingen konnte: die Weltanerkennung und die Weltverbreitung des deutschen Geistes, der deutschen Kulturwerte. Aber mit Entsetzen und mit Bewunderung fragt man sich: Und Hitler? Ist denn Goethe nur die glorieuse Vergangenheit des großen deutschen Volkes, und Hitler die öde Wirklichkeit?

Cispeil und Tiefe der deutschen Kultur

Spiegeln sich in der drastischen Gegenüberstellung Goethes und Hitlers wieder. Woher diese verhängnisvolle Degradierung von Goethe zu Hitler, vom Weltbürger zum „Rassismus“, von höchster Humanität zur widerwärtigsten Bestialität, vom „Faust“ Goethes zum Faustkultus Hitlers?

Was hat der Weltbürger Goethe mit dem „Rassisten“ Hitler gemeinsam?

Nichts, absolut nichts! Der Hindenburg-Anruf zum Goethe-Jahr betonte: „Wie nach Goethes Meinung erst die Erfüllung im eigenen Volkstum Schwingkraft verleiht zum Einswerden mit der Welt, so ist sein Dichterverk als Stimme der Menschheit zur Weltsprache geworden, in der die Völker der Erde einander verstehen lernen.“ Aber der deutsche Nationalismus, insbesondere der Nationalsozialismus, weiß mit Goethe und seinem geistigen Vermächtnis wenig anzufangen:

Die Stimme der Menschheit — und der Fremdenhaß!

Die Verflämung der Völker — und die Kriegshegelei!

Goethes Vision der Menschheit und die hitlerische „Rassenlehre“! Zwei Welten, zwei Weltanschauungen, zwei Geistesverfassungen. Nach dem „Programm“ der NSDAP wird „rasenpolitisch“ gefordert: „Die Auscheidung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens. Wer nicht Deutscher ist, kann nur als Gast im deutschen Staate leben und steht unter Fremdenrecht.“ Dabei sind „Deutsche“ nur die, die „deutschen Blutes“ sind.

Der wahre Geist von Weimar, der Geist von Goethe und Schiller, ist mit dieser „Rassenlehre“ und mit dem Fremdenhaß der Hitler und Goebbels, der Rosenberg und Feder unvereinbar.

Der Geist der Rassenfrier, auf die sich Friedrich Ebert 1919 in Weimar berief, ist keineswegs mit dem Angeiß des Nationalsozialismus, sondern nur mit dem Geist der Weimarer Verfassung vereinbar, die für die geistige Freiheit und den kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes in allen seinen Stämmen und Schichten eine Grundlage geschaffen hat. Der Nationalsozialismus ist ein Auswuchs des Spätkapitalismus — aber gleichzeitig das

Inkraut der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Daher die Verherrlichung des Krieges. Daher Hitlers These: „Das Schwert entscheidet.“ Daher der Kultus der rohen Gewalt. Daher die ungebändigten Diktaturgelüste. Der Weltkrieg brachte eine kulturelle Verwilderung und sittliche Verrohung mit sich. Es stellte sich heraus, daß die kulturellen Schäden des Krieges sich noch langamer aus der Welt ziehen lassen als die Schäden materieller und finanzwirtschaftlicher Natur.

Aber nicht nur die geistige Barbarei, sondern auch die Demagogie und Lüge (Kriegslüge!) haben sich seit dem Weltkrieg breitgemacht. In Gemeinschaft mit den wahlverwandten Kommunisten verfielen die Nationalsozialisten alle Brücken der öffentlichen Meinung, alle Epäuren des politischen Lebens. Die durch die Krise entwurzelten und in die Verzweiflung getriebenen Massen des Mittelstandes, des Bauerntums, der Akademiker, auch zum Teil der Arbeiterschaft, fallen nun der gewissenlossten, unmissendsten, plumpsten Demagogie zum Opfer. Beim Stimmenfang ist alles erlaubt. Dieses teuflische Treiben hat Goethe in seinem Meisterverk genial vorausgesehen.

Wer erinnert sich nicht der berühmten Mephisto-Szene in Auerbachs Keller zu Leipzig?

An dieses Bild erinnert unwillkürlich, wer sich mit der ungläublichen Demagogie des nationalsozialistischen „Programms“ vertraut macht. Jedem — dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber, dem Handwerker und dem Großkapitalisten, dem Bauern und dem Großhändler, dem Beamten und dem Akademiker, dem Jugendlichen und dem Altersinvaliden wird feierlich und unwiderruflich (das „Programm der NSDAP“ ist als unabänderlich proklamiert worden!) alles verprochen, was sie nur wünschen — ohne Rücksicht darauf, ob diese Versprechen erfüllbar sind oder sich gegenseitig in der tollsten Weise widersprechen, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Hand in Hand mit solcher Demagogie geht bei den Nazis

Die Predigt und Praktik des Bürgerkrieges.

Die Verwilderung und Verrohung des politischen Kampfes wird zum Prinzip erhoben. Man will den verachteten Marxisten, den Sozialdemokraten, „kulturwidrigen Klassenkampf“ vor. In Wahrheit steht der Klassenkampf der organisierten Arbeiterschaft turnoch über der nationalsozialistischen Praxis; er hat nichts gemein mit Faustrecht, Wirtelgassenkrieg, Mob und Bürgerkrieg, den die Nationalsozialisten praktizieren. Am gestritten kommt die kulturwidrige Betätigung der Nationalsozialisten in der

Verfeuchung der Hochschulen

zum Ausdruck. Der Diktaturgedanke feiert seine Orgien unter der studierenden Jugend, obwohl „die Diktatur die Flucht vor der Verantwortung ist“, wie es der preußische Kultusminister Grimme so trefflicher formuliert hat.

Heil Hitler! Dem faschistischen „Führergedanken“ wird von der akademischen Jugend gedankenlos Folge geleistet. Es ist eine Schande für die deutsche Kultur, daß Fälle wie die Hege gegen die Ernennung von Professor Gumbel in Heidelberg, gegen den Professor Dehn in Halle, gegen den alten Theologen Prof. Baumgarten in Kiel usw. möglich waren. Es ist Recht und Pflicht des demokratischen Staates, dem jeder Studierende jährlich 1200 Mark kostet, sich gegen die Inkultur in den Universitäten mit aller Schärfe zu wenden.

Es muß endlich Schluss gemacht werden mit der faschistischen Verfeuchung der Hochschulen! Mit Recht führte Otto Braun am 17. März dieses Jahres im Landtag aus:

„Wir dürfen nicht dünkeln, daß an den Hochschulen der Primat der Faust dem Primat des Kopfes übergeordnet wird. Früher war der Schlagring das Attribut gewisser Führer- und Raufbolckreie. Heute ist er aus das Attribut gewisser sich national nennender studierender Kreise geworden.“

Der Kulturterror in den Universitäten wird von der Faschisierung der höheren und Volkshochschulen begleitet. Ganz besonders unerträglich ist vom kulturellen Standpunkt die Verfeuchung der höheren Berufshochschulen durch die nationalsozialistische Hegepropaganda, die verantwortungslos die Leidenschaften zum Bruderkampf aufpeitscht. Im neuesten Nazistil, das ausgerechnet in der Stadt Goethes gebildet wurde, heißt es:

„Wenn der Sturmlosat zu Felde zieht,

Dann hat er frohen Mut!

Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt,

Dann geh's nochmal so gut!“

Eine nette nationalsozialistische „Kultur“. Keine Frage: Im „Dritten Reich“ wird jeder, der nicht auf das Hakenkreuz schwört, aus den Lehrkörpern der Universitäten und der Schulen, aus allen anderen wissenschaftlichen Instituten, Akademien, Vorbereitungsanstalten, aus dem Richterpersonal und Beamtenstand ausgeschlossen. Zeitungen, Bücher, Theater, Museen werden uniformiert, enteilt, faschisiert.

Die Kultur ist in Gefahr!

Aber das deutsche Volk und vor allem das deutsche Proletariat wird sich nicht gefallen lassen, daß der Geist von Weimar durch den Geist von Böhheim abgelöst wird. Niemals! Die geistige Freiheit, die im jahrzehntelangen Ringen vom schaffenden Volke erobert wurde, wird den Nazisbarbaren nicht preisgegeben werden!

Ohne Hebung des kulturellen Niveaus kein wirtschaftlicher Aufstieg!

In dieser Erkenntnis hat das Preußen Otto Brauns, Karl Seebergs und Adolf Grimmes auf dem Gebiet der Volksbildung und Kulturverbreitung hervorragendes geleistet. Trotz

der ungünstigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit wuchs der Anteil der Ausgaben für das Kultusministerium im Gesamthaushalt des Staates unaußersam:

1913	32,4	Prozent
1926	38,22	„
1927	41,4	„
1928	42,5	„
1929	43,7	„

Dabei nahm der verarmte freie Staat den Gemeinden eine größere Last ab als das reiche königliche Preußen: 1911 mußten die Gemeinden 238 Millionen der Schullasten aufbringen, der Staat nur 100 Millionen; 1929 betragen die Schullastenausgaben der Gemeinden 287,9 und die des Staates 434,9 Millionen! Selbst für 1932 — also inmitten der schärfsten Krise — weist die Ausgabe des gesamten preußischen Staatshaushaltes unter 2,1 Milliarden Mark insgesamt rund ein Drittel, nämlich 740 Millionen, für Kultur Ausgaben aus. Mit Recht betonte Otto Braun im Landtag:

„Wenn bei uns der Analphabetismus so verbreitet wäre wie in gewissen Diktaturländern, könnten wir viele Ausgaben sparen!“

Es erübrigt sich, auf Einzelheiten einzugehen. Unwiderleglich ist, daß im Vergleich zum königlichen Preußen der republikanischen Preußen eine Kulturarbeit geleistet wird, die sich sehen lassen kann.

Demokratie und Kultur gehören zusammen.

Ohne Kultur bleibt Demokratie ein leeres Wort. Ohne Demokratie kann die Kultur nicht gedeihen, es sei denn als Kultur der Oberschicht der Gesellschaft. Aber die Zeit der Weimarer Hofkultur ist vorüber. In seiner Programmrede vom 31. März 1930 führte der preußische Kultusminister Grimme mit Recht aus:

„Der sittliche Sinn der Demokratie verlangt, daß führende Persönlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung erwählt werden. Nur der Staat verdient den Ehrennamen einer Demokratie, der gleiche Möglichkeiten für alle schafft, zu den Bildungsgütern zu gelangen. Es gilt, die Ausweglosigkeit der nichtbesitzenden Schichten aus ihrer heillosen Not wegzuschaffen.“

Demokratie und Kultur gehören zusammen. Gerade darum bedeutet der Nationalsozialismus die größte Gefahr für die Kultur. Der freie demokratische Staat ist die Voraussetzung der modernen Kulturentwicklung. Demokratie und Kultur gehören zusammen. Aber eben!

Sozialismus und Kultur.

Erst der Sozialismus, der die Lohnflänerie und die materielle Not von Millionen Werttätigen beseitigt, wird eine ganz neue Grundlage für die Kulturentwicklung der Menschheit schaffen. Der Sozialismus bedeutet die endgültige Befreiung des menschlichen Geistes, volle geistige Freiheit, nicht nur formelle, sondern tatsächliche gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle.

Was für Goethe eine Vision der neuen Gesellschaftsordnung war: ein freies Volk auf freiem Grund, — das ist das Ideal, das Ziel, das Programm der Sozialdemokratie. Die neue Gesellschaftsordnung, die eine höhere Kultur im nationalen und internationalen Rahmen bringen wird, muß erkämpft werden gegen die herrschenden Klassen.

Der Kampf um Preußen

Ist daher nicht nur der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Faschismus bedroht werden, er ist nicht nur der Kampf um die Staatsmacht, sondern er ist ein Kampf um höhere Werte — der Kampf um die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer neuen, höheren Kultur. Alle Arbeiter und Angestellte, alle Kopf- und Handarbeiter, alle Bürger des neuen Staates, die auf Kultur, geistige Freiheit und Ansehen Deutschlands in der zivilisierten Welt Wert legen, müssen die Sozialdemokratie in ihrem Abwehrkampf gegen die faschistische Kulturverfälschung aktiv unterstützen.

Die Lösung des Tages ist:

Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Freiheit!
Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Demokratie!
Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Kultur!

Schlagt die Nazis!

Öbnet dem weltbefreienden Sozialismus den Weg!

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Wernigerode, den 24. Mai 1932. Preis monatlich 1.80 Mark einschließlich Wernigerode, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich fünfmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Böden und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Dampfweg 48. Fernruf 2014. Zeitung: Halberstädter Tageblatt, Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Dampfweg 48. Fernruf 2014. Postfach 80. Paul Weber, O. u. i. S., Verantwortlich für Politik und Wirtschaft Arthur Mollenhuth, für den letzten Teil Wilhelm Kindermann, für Bekannde und Inserate Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis ist die achtzehnte Kolonnezeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 25 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wohnanzeigen für bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Diese Gebühr gegen Berlin wird unentgeltlich fortgesetzt und tagtäglich neuen Gerichten auf, die von der weiteren Durchführung der Posten Brünings und von dem Auseinanderfallen des Reichstagskabinetts wissen wollen. Eine Umbildung des Reichstagskabinetts im Sinne eines völligen Kurswechsels erscheint angesichts dieser Tatsache ausgeschlossen.

Nr. 119

Dienstag, den 24. Mai 1932

7. Jahrgang

Heute Landtags-Eröffnung.

Aber alle politischen Fragen der nächsten Zukunft noch ungeklärt.

Der neue Preussische Landtag tritt am heutigen Dienstag zusammen, ohne daß bisher Klarheit darüber bestände, wer Landtagspräsident wird oder wie sich die Koalitionserhältnisse künftig gestalten. Nur eines scheint sicher, daß die Nazis weiter so tun wollen, als ob sie im gegenwärtigen Augenblick ernsthaft die Macht erstreben, daß sie aber in Wirklichkeit in Preußen nur in die Regierung einzutreten gedenken, wenn sich das Zentrum, ohne dessen Willen die Nazis gegenwärtig in Preußen nicht anerkennen, den Braunschweiger in Preußen nicht anerkennen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Zentrumspartei dazu hergibt, Angelegenheiten mit der Regierung Braun derzeit weiter als geführtsprechende Regierung im Amt zu lassen.

Angesichts dieser Situation lassen Nazis und Deutschnationale bereits eifrig ihre Demagogie gegen die Preussentagkoalition des alten Landtags und gegen die Regierung Braun spielen. Sie stellen es so dar, als ob die Weimarer Koalition und ihre Minister das Selbstinteresse aller Umstände in der Hand behalten wollen und ein höheres Ziel verfolgen als eine Regierung mit Nazis zu verbinden. Wer derartige behauptet, liegt falsch.

Die preussische Staatsregierung hat durch ihren Rücktritt vor aller Öffentlichkeit beteuert, daß sie entschlossen ist, aus dem Ergebnis der preussischen Wahlen die politisch-parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Der endgültige Termin dazu aber kann nicht allein von Otto Braun und seiner Regierung bestimmt werden. Er ist gegeben, sobald im neuen Landtag eine Mehrheit in der Lage ist, an die Stelle des gegenwärtigen Kabinetts ein anderes zu setzen.

Selbst das nicht der Fall ist, hat die Regierung Braun nach der Verfallung die Geschäfte weiter zu führen. Sie muß im Amt bleiben, so lange insbesondere dem preussischen Ministerpräsidenten dieses ihm zugemutete Opfer auch fallen mag.

Wenn die Regierung Braun von einem anderen Kabinett abgelöst wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Borelli haben zwischen den entscheidenden Faktoren irgendwelche Koalitionen oder Verhandlungen oder gar Verhandlungen noch nicht festgestellt. Auch waren derartige Verhandlungen bis Montagabend noch nicht angeht. Vorläufig überwiegt in Preußen die Auffassung, daß der gegenwärtige Landtag überhaupt nicht die Fähigkeit besitzt, an die Stelle der Regierung Braun ein neues, auf anderer Grundlage gebildetes, Kabinett zu setzen.

Unsere Parole: Kampf und abermals Kampf!

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem heutigen Zusammentritt des preussischen Landtags: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Situation ist: Beobachten, rufen und sich zum Eingreifen bereit halten. Ob die Nazis „herankommen“ hängt nicht von uns ab, sondern vom Zentrum und von den Nazis selbst. Da sie als Regierungspartei amtschaffen oder weiter als Opposition fest ansetzen, ob sie Legitimität besitzen oder ob sie den Staatsfriede wagen, auf alle Fälle bleibt unsere Parole: Kampf, Kampf und abermals Kampf.“

Wer wird Landtagspräsident?

Die Sozialdemokratische Fraktion

des neuen Preussischen Landtags trat am Montag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorstand der alten Fraktion wurde einstimmig wiedergewählt. Die Fraktion beschloß ferner als Kandidaten für die Präsidentschaft des Landtags den bisherigen Präsidenten Wilhelm Aaß in Vorschlag zu bringen. Anschließend wurde in eine Besprechung über die gesamtpolitische Lage eingetreten, die völlige Lieberfreimündung ergab.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags beschloß am Montag ihren Vorstand erst im Herbst zu wählen. Borelli führt der stellvertretende Vorsitzende der alten Zentrumsfraktion, Abg. Steger, den Vorsitz der Fraktion. Die „Germania“ sagt: Die höchste Partei des neuen Landtags, die den Nationalsozialisten, hat bis heute keinerlei Schritte getan, um ihrerseits eine geordnete Regierungsbildung vorzubereiten. Man sieht, daß noch immer gewisse Kreise der bisherigen Reichsopposition damit rechnen, mit Hilfe der Kommunisten die Geschäftsverteilung wieder abzuändern und für die Wahl der einfachen Mehrheit der Stimmen als hinreichend bestimmen zu lassen. Wollig offen ist nach wie vor auch die Frage des Landtagspräsidenten. Auch steht noch dahin, ob die Nationalsozialisten den Wahl aufbringen werden, den ersten Vizepräsidenten, entsprechend dem parlamentarischen Brauch, der ausnahmslos Fraktion, der SPD, zuzubilligen. Nebenfalls ist diese Ernennung des parlamentarischen Brauchs für das Zentrum eine Prinzipienfrage. Der zweite Vizepräsident würde dann auf das Zentrum entfallen.

In der übrigen Presse wird ebenfalls betont, daß sowohl hinsichtlich der Wahl des Landtagspräsidenten als auch der Wahl einer neuen Regierung irgendeine Vorbereitung parlamentarischer Art bisher von keiner Seite getroffen sind.

Der Alterspräsident.



General Karl Cismann.

Er ist mit seinen 82 Jahren der älteste Abgeordnete des Landtags und eröffnet heute nachmittags deshalb als Alterspräsident die erste Sitzung.

Nicht gegen Brüning!

Sagen die christlichen Gewerkschaften.

Das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften, dessen geschäftsführender Vorsitzender Otto ist ebenfalls dem Preussischen Landtag angehört, schreibt unter dem Titel „Um Preußen“:

„Der neue Preussische Landtag, der morgen zusammentritt, steht bis vor einer wenigstens formell geklärten Lage, der Lage, daß die Entwicklung in Preußen völlig ungeklärt ist. Fürs erste jedenfalls ist nicht damit zu rechnen, daß eine stabile, von einer Mehrheit des Landtags getragene Regierung zustande kommen kann. Die na-

tionalsozialistischen Verhandlungen mit dem Zentrum erkennen, wenn auch eine grundsätzliche Festlegung vermieden wird. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat sich ähnlich geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Steger, hat aber zugleich in seiner Erklärung betont, daß die Preussenpolitik des Zentrums maßgebend von der Reichspolitik beeinflusst sei. Diese Erklärung ist von entscheidender Bedeutung: Sie besagt, daß die Preussenpolitik des Zentrums zu seiner Koalition und Regierung die Hand bieten werde, die gegen die Berlin und den politischen Kurs des Reichsministers gerichtet wäre.

Diese Haltung des preussischen Zentrums schließt praktisch jede Möglichkeit einer Verständigung mit den Nationalsozialisten in Preußen aus. Die Entwicklung in Preußen wird also von der Klärung der Verhältnisse im Reich abhängig sein. Hier aber ist nicht zu sehen, wie die Nationalsozialisten sich Brüning und seiner Politik annehmen können. Denn nach den Reden und Artikeln der nationalsozialistischen Führer ist das Ziel im Reich immer noch der Sturz des Reichskabinetts. Die Mitarbeit gegen Brüning wird unentgeltlich fortgesetzt und tagtäglich neuen Gerichten auf, die von der weiteren Durchführung der Posten Brünings und von dem Auseinanderfallen des Reichstagskabinetts wissen wollen. Eine Umbildung des Reichstagskabinetts im Sinne eines völligen Kurswechsels erscheint angesichts dieser Tatsache ausgeschlossen.“

Kommunistische Taktik.

Gegen die Nazis für die Nazis, gegen Braun-Severing.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags veröffentlichten heute in der „Roten Fahne“ einen „Entschlossenen Aufruf in dem zur „roten Einheitsfront gegen Brauns Reaktion“ aufgerufen wird. In dem Aufruf wird betont, daß die Kommunisten „alles tun werden, um eine Naziregierung in Preußen zu verhindern.“ Es wird aber zugleich gesagt, daß die KPD, mit aller Rücksichtslosigkeit ihren „Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung fortsetzen“ werde und die Kommunisten im Preussischen Landtag bei den Präsidentschaftswahlen ihre eigenen Kandidaten aufstel-

Neuer Wein in alten Schläuchen.

Herriot über Reparationen und Abrüstung.

Paris, 23. Mai. (Eig. Drahtf.).

Herriot hat sich im Laufe einer Unterredung, die er einem Redakteur des „Paris-Midi“ gemacht, sehr rührend über die Regierungsbildung, aber sehr deutlich über seine Reparations- und Abrüstungspolitik ausgesprochen.

„Die Reparationsfrage ist eine einfache und festen, unerschütterlichen, unerschütterlichen und feststehenden Sache. Es betrachte ich die Forderung unserer etwaige Zahlungs-Forderungen nicht als eine Frage der Moral, sondern als eine Frage der Gerechtigkeit.“

Deutschland die Rechte, erklärte Herriot, war sehr wohl seine Sache. Schon mehr bei den Sachverhältnissen konnte Deutschland etwas unterzeichnen, dazu gemangenen geigte und fehrge begünstigen und die aus die Abrüstung eben, Ersparnisse bei für unnütze Kassenmaßnahmen zu, die im übrigen kann sich ändern. Ich möchte hoffen, bis solche in werden, die an der

„Die Sozialisten geben sich keinen Täuschungen hin.“ Paul Faure wirft im „Populaire“ die Frage auf, ob jemand in der Partei noch ernstlich an die Möglichkeit einer sozialistischen Mitarbeit an der kommenden Regierung glaube und antwortet darauf sofort, es genüge, von den wichtigsten Punkten des Programms, daß die Sozialisten, selbst die sehr gewichtigen, durchgeführt werden wollen, Kenntnis zu nehmen, um sich ohne Zögern davon zu überzeugen, daß weder Herriot noch Painlevé etwas von diesem Programm annehmen werden. Die radikalen Führer seien bekannt. Sie hätten höchste Regierungsstellen inne gehabt. Auf außenpolitischer Gebiet seien sie von Painlevé bis Herriot genau so nationalistisch wie Lardieu und Poincaré. In der Innenpolitik seien sie gährend, schädlichen und zu Kapitalisation bereit. Der beste Beweis für den schlechten Willen und die schlechten Absichten der radikalen Führer sei ihr Schweigen.

Bei einer Veranstaltung in Charlans führte Paul Faure über die fünfte Sitzung seiner Partei u. a. aus, daß die Sozialisten seiner Regierung ihre Stimme geben würden, die nicht bereit sei, eine weitgehende Herabsetzung der Rüstungsausgaben durchzuführen.

„Einige Strategen ohne Mandat und ohne Truppen.“ In

„Einige Strategen ohne Mandat und ohne Truppen.“ In